Nr. 21. Hamburg, den 21. Mai 1898. 11. Jahrgang.

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit".

Herausgeber: Johann Stauingk, verantwortlicher Redakteur: Fritz Paeplow, Beide in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1,— ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Anzeigen die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰. — Postkatalog Nr. 3116.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 16, erste Etage.

Inhalt: Die Zünftler im Wahlkampfe. Wahlschwindel mit der Arbeiterversicherung. — Rundschau. — Baugewerbliches. — Lohnbewegungen und Streiks. Streikprozesse. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilleton: Städtischer Schnellverkehr.

Ausgesperrt

sind die Verbandskollegen in **Nordhausen, Magdeburg, Pyritz i. P.,** und **Brandenburg.**

Im Streik

befinden sich die Kollegen in **Altdamm, Teterow, Preetz, Plven, Burg b. Magdeburg, Naumburg, Eisenach, Querfurt, Essen, Heegermühle, Landsberg a. W., Neusalz, Neumünster** und **Braunschweig.**

Sperren sind verhängt

über die Bauten des Unternehmers Benz in **Jatznick,** Jagsch und Köhler in **Neustadt a. d. Haardt,** Speer und Mittelburg auf **Norderney,** Hanitzsch in **Potsdam.**

Zur Beachtung!

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß **Mehrbestellungen** auf den „Grundstein" spätestens am **Montag** einer jeden Woche hier **eingegangen** sein müssen, wenn sie für dieselbe Woche noch berücksichtigt werden sollen. Später eingehende Bestellungen können erst in der **nächsten** Woche erledigt werden, für die bereits erschienenen Nummern jedoch nur insoweit, als noch Exemplare davon vorhanden sind.

Die Expedition des „Grundstein".

Die Zünftler im Wahlkampfe.

I.

Die Reichstagsneuwahlen stehen bevor; sie finden, wie wir schon mitgetheilt haben, am Donnerstag, den 16. Juni, statt. Da ist es denn interessant und lehrreich, das Verhalten der Zünftler zu beachten. Ein Theil derselben ist bekanntlich seit Jahren bemüht, eine „selbstständige Handwerkerpartei" in's Leben zu rufen. Aber aus dieser Gründung ist bis jetzt nichts geworden, und sie dürfte auch in der Zukunft sich als unmöglich erweisen. Denn einmal steht fest, daß ein sehr großer Theil der selbstständigen Handwerker längst vernünftig genug ist, sich auf die Seite der Sozialdemokratie zu stellen. Ebenso fest aber steht, daß der Interessenwiderstreit in den Handwerkerkreisen die Aufstellung eines einheitlichen Handwerkerprogramms gar nicht zuläßt.

Das Zünftlerthum bildet bekanntlich nur einen sehr kleinen Bruchtheil der Handwerker Deutschlands; Thatsache ist, daß die erdrückende Mehrheit der Handwerker von der Zünftlerei nichts wissen will. Nichtsdestoweniger geriren die Zünftler sich als „das Handwerk" und sie haben dabei und in ihren Bestrebungen die ausgiebige Unterstützung der Konservativen, der Ultramontanen und der Antisemiten im Reichstage gefunden. Diese Parteien sind den zünftlerischen Ansprüchen soweit als irgend möglich entgegen gekommen. Weshalb? Etwa aus Liebe zum Handwerk und in der Absicht, demselben zu helfen? Durchaus nicht. Sie sind bei Bethätigung ihrer „Handwerkerfreundlichkeit" lediglich geleitet von dem Bestreben, sich für die Reichstagswahlen die Stimmen der Handwerker zu sichern. Sie schwindeln den Handwerkern Hülfe und Rettung vor, an die sie selbst nicht glauben, um die etwa Bethörten für ihre reaktionären politischen Parteizwecke zu mißbrauchen. Oder glaubt man, den preußischen Junkern, den Agrariern, den ultramontanen Kirchenpolitikern usw. sei die Thorheit zuzutrauen, daß sie wirklich glauben an die Heilskraft zünftlerischer Einrichtungen? Davon sind die Herren weit entfernt. Spekulative Demagogen sind sie, die das Handwerk täuschen wollen, um desto leichter im Trüben fischen zu können.

Diese Erkenntniß fängt an auch in zünftlerischen Kreisen aufzudämmern. Besonders die Konservativen, die Junker und Agrarier haben im Reichstage Alles aufgeboten, um ausländisches Vieh und ausländisches Getreide vom deutschen Markte fern zu halten, damit sie ihre eigenen Produkte im Preise steigern konnten. Die Preissteigerung, und zwar eine ganz erhebliche, trat ein; selbstverständlich wird sie besonders von den arbeitenden Klassen schwer empfunden. Es trat ein Rückgang des Konsums ein, wodurch wieder die Fleischer, Müller und Bäcker geschädigt wurden. Nun erhob sich ein Interessenstreit. Diese Handwerker machten mit Recht die Agrarier verantwortlich für die Vertheuerung und den Rückgang des Konsums; die Agrarier aber, unverschämt wie immer, schoben die Schuld der hohen Preise auf die Handwerker.

Dieses Vorgehen der Agrarier war Ursache, daß die interessirten Handwerker ihren „guten Freunden" im derbsten Ton die Freundschaft kündigten. Die „Deutsche Handwerkerzeitung" und andere zünftlerische Organe geben nun als Parole für die nächsten Wahlen aus: „Los von den Konservativen! Los von den Lebensmittelvertheuerern, die nur das Volk ausbeuten und das Handwerk dabei als Vorspann benutzen wollen!"

Einem anderen Theile der Zünftler, besonders dem bayerischen, gefällt die Haltung nicht, die das Zentrum in den jüngsten Koalitionsrechtsdebatten eingenommen hat. Sie sind entschieden Feinde des Koalitionsrechts der Arbeiter; sie wollen dieses Recht den Arbeitern entrissen wissen. Deshalb sympathisiren sie mit dem Grafen Posadowsky und dem Freiherrn von Stumm. Den Zentrumsrednern aber, die in verschleierter Weise sich für die Erhaltung dieses Rechtes ausgesprochen haben, künden sie Fehde. Sie behaupten, Dr. Lieber und Genossen hätten „die Interessen des Handwerks verrathen" und geben nun die Parole aus: „Los vom Zentrum!"

Der engere Vorstand des sog. „Allgemeinen Deutschen Handwerkerbundes" — eine zünftlerische Vereinigung — hat einen „Wahlaufruf an die Handwerker" erlassen, in welchem „Wahlfreiheit" proklamirt und folgender ordnungspolitische Wahnsinn geleistet wird:

„Nicht nur weil wir Handwerker der inneren und äußeren Ruhe bedürfen, um den Ausbau der durch das neue Organisationsgesetz vorgesehenen Verhältnisse mit Vorbedacht vollenden zu können, stimmen wir in den Ruf ein, der soeben durch die Reihen der deutschen Männer braust und der zur „Sammlung aller ordnungsliebenden bürgerlichen Elemente" auffordert! Nicht nur weil wir meinen, es müsse ein Einhalt geschehen mit den über die soziale Gerechtigkeit hinausschießenden Maßnahmen zu Gunsten der radikalen Arbeiterschaft und auf Unkosten des stark belasteten selbstständigen Mittelstandes, richten wir unseren Blick auf die große gemeinsame Aufgabe, welche alle ordnungstreuen Elemente — unbekümmert um Sonderinteressen! — zu erfüllen haben. Aus patriotischer wie sozialpolitischer Erkenntniß bekennen wir das Höchste, was Noth thut: Wider die Sozialdemokratie, die theoretische und praktische Feindin des Mittelstandes, der gewerblichen Selbstständigkeit, wider ihre zu maßloser Arroganz gesteigerten Ansprüche und ihrem in Folge der allgemeinen Unzufriedenheit gewachsenen numerischen Einfluß muß unter allen Umständen die Wahlentschließung jedes zielbewußten und charakterfesten Handwerkers gerichtet sein. Das ist die Wahlparole, der Schlachtruf, den wir als Losungswort unsern Berufsgenossen empfehlen müssen. „Wider die Sozialdemokratie" muß der Handwerker energisch sich wehren, will er nicht sich selber erdrücken lassen. „Wider die Sozialdemokratie" — muß er in jedem Falle stimmen, mag auch da und dort bei der entscheidenden Wahl des Kandidaten diese oder jene politische Ueberzeugung eine kleine Demüthigung erfahren. Der Handwerker, der einem Sozialdemokraten in den Reichstag verhilft, ist ein Judas an seiner eigenen Sache!"

Wir sind überzeugt, daß die zünftlerischen Ordnungsdemagogen mit dieser Parole bei den Massen der Handwerker kein Glück haben werden. Mit der dummen Lüge, daß die Sozialdemokratie eine „Feindin des Mittelstandes" sei und etlichen anderen ordnungspolitischen Lügen und Schlagwörtern, die erfunden sind, um die Handwerker hinter das Licht zu führen, wollen wir uns im nächsten Artikel beschäftigen.

Wahlschwindel mit der Arbeiterversicherung.

Der Wahlkampf, den die sogenannten staatserhaltenden Parteien führen, ist der reine demagogische Wahlschwindel, darauf berechnet, die Wählermassen für die Sonderinteressenpolitik dieser Parteien zu ködern. Selbstverständlich haben sie es auch abgesehen auf die Arbeiter, die den stärksten Prozentsatz der Reichstagswähler stellen. Während die Ordnungspolitiker sonst für die Arbeiter nur Mißachtung, Drohungen und Unterdrückungspraktiken aller Art haben, versuchen sie, sich denselben bei den Reichstagswahlen als „Arbeiterfreunde", die gewissenhaft besorgt sind um das Wohl der Arbeiter, vorzustellen. Da wird in Zeitungsartikeln und Wahlaufrufen hingewiesen auf die „Segnungen" der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung und auf die „Lasten", welche dieselbe den Arbeitgebern auferlegt. Man möchte die Arbeiter glauben machen, daß sie alle Ursache haben, für diese „Segnungen" und „Opfer" den herrschenden Klassen dankbar zu sein. Und zwar soll diese Dankbarkeit darin bestehen, daß die Arbeiter den Kandidaten der „Ordnungsparteien" ihre Stimme geben!

Wir wollen nun einmal in kurzen Zügen diesen Humbug enthüllen.

Zunächst ist zu konstatiren, daß die Masse des Unternehmerthums sich der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung, wie überhaupt jeder Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter, stets nach Kräften widersetzt hat. Dem „guten Willen" ist die Inangriffnahme dieser Gesetzgebung wahrhaftig nicht zu danken. Fürst Bismarck hat im Reichstage einmal erklärt, daß die herrschenden Parteien zu ihr sich nur verstanden haben aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Man verband mit dieser Furcht die Hoffnung, die Arbeiter beschwichtigen und der Sozialdemokratie abwendig machen zu können.

Dazu aber kam noch ein anderer, sehr wichtiger Grund. Der Kapitalismus, die moderne Produktionsweise involvirt eine wahre Raubwirthschaft, gerichtet gegen die Volkskraft. Krankheit, dauerndes Siechthum, Unfall, Erwerbsunfähigkeit verhängt diese Wirthschaft, der nur der Unternehmerprofit heilig ist, über die Arbeitenden, die ihr unterworfen sind. Die Massen der im Dienste des Kapitals erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter fielen der öffentlichen Armenpflege zur Last. Die Armenlasten stiegen von Jahr zu Jahr, so daß diese Gemeinden in industriellen Bezirken sie kaum aufzubringen vermochten.

Hauptsächlich zu dem Zwecke, die aus Betriebsunfällen sich ergebenden Armenlasten zu verringern, wurde zunächst im Jahre 1871 das Haftpflichtgesetz geschaffen, nach welchem die Inhaber von Fabriken, Bergwerken usw. dem durch einen Unfall Verletzten bezw. den Hinterbliebenen Getödteter Schadenersatz zu leisten hatten, aber nur dann, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß der Unfall durch Verschulden der Unternehmer oder deren Vertreter herbeigeführt war.

Köln wurde wegen der vorgerückten Zeit und weil nicht alle Mitglieder anwesend waren, vertagt. Die Regelung der Angelegenheit soll, weil es hier im heiligen Köln fast unmöglich ist, ein Lokal zu öffentlichen Versammlungen zu erhalten, in einer außerordentlichen Generalversammlung erfolgen. Diese tagte am 7. Mai in der Restauration „Zur Krone", und waren alle Kollegen zur Stelle. Aufgenommen wurden sieben Kollegen, vier davon waren Werkstattarbeiter. Wenn die Letzteren in ihrer Agitation so fortfahren, so werden sie bald dieselbe verkürzte Arbeitszeit und die besseren Lohnbedingungen erhalten wie die Baustukkateure. Bisher sind die Baustukkateure für die Werkstattarbeiter eingetreten wie für sich selber, aber dieselben machten keinen Gebrauch von der Verkürzung der Arbeitszeit. Als vor einigen Jahren hier ein städtischer Arbeitsnachweis gegründet wurde, hoben wir den unserigen auf. Aber es stellte sich heraus, daß der neu gegründete für uns nicht passend war und wurde beschlossen, wieder einen selbstständigen Arbeitsnachweis einzuführen. Die Kollegen eines größeren Geschäfts, welches mit den höchsten Lohn zahlt, 50 ₰ pro Tag aber einbehält, wurden beauftragt, diesen Uebelstand aus der Welt zu schaffen. Kollege Odenthal machte sodann Jedem die Nothwendigkeit eines obligatorischen Streikfondsbeitrages klar. Er betonte, und mit Recht, daß, wenn wir das bereits Errungene hochhalten wollten, Geld hierzu nöthig ist. Es wurde gegen sieben Stimmen beschlossen, daß jeder Kollege wöchentlich 20 ₰ für den Streikfonds der Filiale köln beizusteuern hat.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 32. Heft des 16. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Schmoller's Auseinandersetzung mit Smithianern und Marxianern. Von Professor A. A. Issaieff, Petersburg. — Emile Zola's „Paris". Eine sozial-literarische Besprechung von Dr. B. Kritschewsky. — Proportionalgesetzgebung. Von W. Liebknecht. — Die Wanderungsergebnisse nach den Weltszählungen von 1890/95 und 1885/90. Von Erich Wendlandt-Magdeburg. — Wirthschaftliche Rundschau. — Feuilleton: Donatienne. Von René Bazin. Autorisirte Uebersetzung aus dem Französischen von Ina Bach.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW, Beuthstr. 2, ist erschienen: **„Handbuch für sozialdemokratische Wähler"**, eleganter Bäckerband, 26 Bogen stark (Preis ℳ 3, Porto 20 ₰). Das „Handbuch" bietet, unter sozialdemokratischem Gesichtspunkt, nicht blos eine Kritik aller bürgerlichen Parteien und aller Gesetzes- und Steuervorlagen, die seit 1893 dem Reichstage vorgelegt wurden und somit eine Geschichte des letzten Reichstages, sondern es liefert auch reiches Material zur Beurtheilung unserer ganzen politischen Zustände und widerlegt alle die landläufigen Einwendungen gegen die Sozialdemokratie.

Briefkasten.

Cuxhaven und Tondern. Karten für Arbeitsnachweis kamen hier an, als Nr. 19 des „Grundstein" sich schon im Druck befand.

Calbe, H. Natürlich kann der Bevollmächtigte öffentliche Versammlungen einberufen.

Bonn, Sch. Die Aufnahme der eingesandten Annonce müssen wir ablehnen.

Meuselwitz, Vertrauensmann. Die Aufforderung an die Mitglieder, ihren Verpflichtungen nachzukommen, können wir nicht aufnehmen. Senden Sie doch Jedem eine frieliche Aufforderung; diese hat sicher eine bessere Wirkung und kommt Ihnen auch nicht so theuer wie ein Inserat.

Abrechnung

über die

Bausperre beim Unternehmer Hanne in Spandau

vom 4. bis 17. April 1898.

Einnahme.

Aus dem Unterstützungsfonds der Maurer ..... ℳ 323,65

Ausgabe.

Für Unterstützung der Streikenden ..... ℳ 313,50
„ Kontrole „ „ ..... „ 10,15
Summa... ℳ 323,65

Bilanz.

Einnahme ..... ℳ 323,65
Ausgabe ..... „ 323,65
ℳ —,—

Für die Richtigkeit obiger Abrechnung:

Die Lohnkommission.

Wilh. Loose. Franz Müller. F. Reineke. Wilh. Dank. J. Paulstatt.

Zentral-Krankenkasse

der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit" (e. H. Nr. 7).

Bekanntmachung.

Die zusammengestellten Anträge zur Generalversammlung in Erfurt nebst einer Statutenvorlage des Vorstandes, die Sterbekasse betreffend, sind an die örtlichen Verwaltungsstellen versandt worden. Sollte eine oder die andere Verwaltungsstelle nicht in den Besitz derselben gelangt sein, so bitten wir um Nachricht.

Der Vorstand.

J. A.: W. Themar, Vorsitzender.

In der Woche vom 1. bis 7. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Cöpenick ℳ 200, Altona 300, Hennigsdorf 120, Krefeld 100, Guxhagen 75, Immenhausen 70, Herford 50, Segeberg 45, Faulbach 40. Summa ℳ 1000.

Zuschüsse erhielten: Wald-Michelbach ℳ 300, Schwedt 191,50, Heubach 100, Stuttgart 100, Königsberg i. Pr. 100, Schweisweiler 94,50, Eichen 80, Bückeburg 50. Summa ℳ 946.

Altona, den 7. Mai 1898.

Karl Reiß, Hauptkassirer, Friedrichsbaderstr. 28.

Zentral-Verband

der Maurer Deutschlands und verw. Berufsgenossen.

Sitz Hamburg.

Bekanntmachung.

Vom Vorstande bestätigt

sind die neu gewählten Verwaltungsbeamten der Zahlstellen Herford, Gartz a. d. O., Güsten, Striegau, Weiba, Nordhausen, Königstädten, Münster i. W., Rambach, Dortmund, Berlinchen.

Ausgeschlossen

auf Grund § 15 a resp. b des Statuts sind von der Zahlstelle **Burg b. Magdeburg:** Albert Faßhauer (Buch-Nr. 9051), Gustav Sommerfeld (Buch-Nr. 15 776), Albert Weber (Buch-Nr. 15 753), August Genth (Buch-Nr. 15 775), Albert Pohlmann (Buch-Nr. 909), Friedrich Schulze (Buch-Nr. 9042), Karl Häusler (Buch-Nr. 9059), Rudolf Marschall (Buch-Nr. 9079), Gustav Eggert (Buch-Nr. 9078), August Meseberg (Buch-Nr. 9066), Gustav Völker (Buch-Nr. 15 783), Friedrich Naumann (Buch-Nr. 9097), Karl Kröning (Buch-Nr. 9036), Wilhelm Kupfernagel (Buch-Nr. 9039), Friedrich Bohling (Buch-Nr. 9038), Wilhelm Ferchland (Buch-Nr. 84 140); von der Zahlstelle **Cöpenick:** Wilhelm Fechner (Buch-Nr. 81 714); von der Zahlstelle **Cranzberg:** Friedrich Fritzinger (Buch-Nr. 79 065).

Berichtigung. In der Nr. 19 des „Grundstein" unter Gr.-Ottersleben muß es statt Aug. Schütze heißen: Aug. Schulze (Buch-Nr. 45 348).

Als verloren

gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Adolf Brehm (Buch-Nr. 36 817), Joseph Rudolf (Buch-Nr. 21 798), Ernst Trepte (Buch-Nr. 38 521), Herm. Kretschmar (Buch-Nr. 72 537), Max Hause (Buch-Nr. 44 956), Herm. Geletzke (Buch-Nr. 72 762), Ernst Geletzke (Buch-Nr. 72 761), Wilh. Briest (Buch-Nr. 30 294), H. Rennert (Buch-Nr. 88 113), R. Dehmer (Buch-Nr. 84 797), H. Boller (Buch-Nr. 84 775).

Der Vorstand.

J. A.: Th. Bömelburg, Vorsitzender.

In der Zeit vom 3. bis 10. Mai sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Dresden ℳ 400, München 100, Wiesbaden 100, Bielefeld 89,15, Neumünster 122,68, Landsberg a. d. W. 100,05, Delitzsch 100, Vegesack 28,65, Nürnberg 234, Bremen 140, Nauen 30, Wandsbek 80, Dreieichenhain 74,35, Cygeln 50, Gartz a. d. O. 48,20, Düben 30,75, Weiterstadt 28,05, Mombach 23,80, Stargard i. Pomm. 4,74, Peterow 40, Darmstadt 31,45, Walldorf i. Hessen 30, Koburg 21,62, Oberhausen 16,68, Mülsenergrund 19,18, Iggelheim 4, Lüneburg 50, Duisburg 68, Großenhain 30, Kyritz 17,74, Winsen (Luhe) 16,75, Breckenheim 8,95, Barth i. Pomm. 9,20, Herford 140, Langen in Hessen 86,89, Solingen 72, Nippes b. Köln 23,09, Erbenheim 18,80, Mülheim (Ruhr) 36, Ruhla 25, Unna 20, Hannover 200, Wald i. Rheinl. 20, Dietzenbach 18,88, Weißenfels 150, Köpenick 77,77, Hohenmölsen 40, Anklam 18,85, Schwäb. Gmünd 15, Dresden 200, Berlin I 400, Olvenstedt 100, Eberswalde 40, Hohendodeleben 60, Mörfelden 76,45, Düsseldorf 50, Spandau 70, Pritzerbe 40, Pasewalk 46, Trauenstein 40, Wölfis 20, Dahlenwarsleben 10, Lägerdorf 11,70, Grimma 8. Summa ℳ 4223,37.

Streikfonds.

Leipzig ℳ 2000, Erfurt, Gebesee, Herbsleben 100, Stargard i. Pomm. 11,76, Bielefeld 100, Gartz a. d. O. 45, Weiterstadt 5,85, Mombach 3,50, Stargard i. Pomm. 13,50, Dreieichenhain 6,90, Mannheim 40,40, Landsberg a. d. W. 50, Vegesack 4, Peterow 1,80, Walldorf i. Hessen 5, Koburg 2,25, Oberhausen im Rheinland 54,30, Jatznick 73,20, Nürnberg 56, Nauen 36, Crakau b. Magdeb. 25, Duisburg 16,50, Kyritz 3,98, Mülheim an der Ruhr 60, Ruhla 15, Hameln (21. April) 7,95 Stettin (Putzer) 300, Zwickau 100, Rathenow 80, Danzig 75, Breckenheim 4,35, Barth 2,62, Erfurt, Gebesee, Herbsleben 100, Bremen 98, Weißenfels 200, Hohenmölsen 40, Langen i. Hessen 30,23, Solingen 18,75, Dresden 1000, Olvenstedt 100, Eberswalde 100, Wilhelmshaven 100, Nowawes 100, Hohendodeleben 40, Mörfelden 14,50, Düsseldorf 25, Pritzerbe 25, Pasewalk 9, Dahlenwarsleben 20, Wölfis 10, Lägerdorf 8,65, Grimma 12. Summa ℳ 5350,98.

Ersuche die Zahlstellen-Kassirer resp. Einsender von Geldern, auf den Postabschnitten genau anzugeben, wofür das eingesandte Geld bestimmt ist.

Hamburg, den 10. Mai 1898.

J. Köster,
Hamburg-St. Georg, Neue Brennerstr. 16, 1. Et.

Anzeigen.

Nachruf.

Im Alter von 23 Jahren starb infolge Unglücksfalles unser Verbandskollege

Johannes Petersen

aus Kiel. Ehre seinem Andenken!

[ℳ 3] **Die Zahlstelle Nürnberg.**

Nachruf.

Im Alter von 23 Jahren starb unser Verbandskollege

Hermann Ott.

Ehre seinem Andenken!

[ℳ 2,70] **Die Zahlstelle Greiz.**

Nachruf.

Am 3. Mai verstarb nach langem Leiden unser Verbandskollege

Christian Künne

im 61. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

[ℳ 3,80] **Die Zahlstelle Hohendodeleben.**

Achtung! Stukkateure! Achtung!

Filiale Berlin.

Die Filialversammlung am 16. d. Mts. fällt wegen der an diesem Tage stattfindenden öffentlichen Versammlung aus.

[ℳ 2,10] **Der Bevollmächtigte.**

Zur Beachtung

für die organisirten Maurer Deutschlands!

Die Zahlstelle **Lübeck** des Z.-V. d. M. D. verwehrt nach § 8 Abs. 8 des Statuts nachstehenden Maurern die Aufnahme in den Verband: **Dabbert** (Wismar), **Hausbein** (Bargteheide), **H. Wiencke** (Lübeck), **Ruthenbeck** (Schwerin), **Ruthenbeck** (Güstrow), **Krohn** (Zarpen), **David** (Lübeck), **Emil Franke** (Lübeck), **David** (Wesenberg). Ferner: **H. Skuppenhauer, C. Jonas, Heuer,** welche Mitglieder des Verbandes waren und nach § 15 Abs. a ausgeschlossen sind. [ℳ 4,20]

Die örtliche Verwaltung der Zahlstelle Lübeck.

Zahlstelle Bremen.

Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß wegen Neubaues der alten Herberge sich unsere Herberge vorläufig bei Herrn

F. Wegener, Langenstraße 100,

befindet. Auskunft betreffs Orientirung ertheilt der bisherige Herbergsvater **W. Leppien, Geeren 4.**

[ℳ 2,70] **Die örtliche Verwaltung.**

Kollege Waldheim, bitte sofort um Deine Adresse!

[90 ₰] **W. Wittich, Dessau, Leipzigerstr. 20.**

Fachschriften u. Lehrbücher
für Handwerker u. Gewerbetreibende
Kataloge gratis u. franko
JDH. SASSENBACH, Bücher-Versand, BERLIN

Isländer, prima ℳ 6, echte Hamb. Lederhosen I ℳ 6,50, II ℳ 4,80, III ℳ 2,50 portofrei. **Koll. Hohlfeldt, Dresden N, Ritterstr. 4.**

Double-Leder-Hosen

in silbergrau, ohne Appretur, weich wie Sammet, mit Schmiegetaschen, mit starkem silbergrauen Hanfzwirn genäht, in nur ff. Qualitäten, stark. Paar, netto 1 kg schwer, **nur ℳ 5,** mittelstark, netto 900 g schwer, **nur ℳ 4,50.** Gänzlich bezugskostenfrei per Nachnahme.

W. Ad. Langer, Leubsdorf i. S.

Angabe der Schrittlänge und Leibweite genügt für guten Sitz.

Arbeitsmarkt.

6 Maurer finden sofort Arbeit bei Maurermeister Wiese in **Tondern.**

5—6 tüchtige Maurer (45 ₰ Stundenlohn) finden Beschäftigung bei Maurermeister E. Stieding in **Stiekenbüttel** bei Cuxhaven.

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Erscheinungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Preis von 10 ₰ pro Zeile bekannt gemacht. Für jede Versammlung werden jedoch nur zwei Zeilen zur Verfügung gestellt. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung eingesandt werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, 15. Mai:

Bonn. Vorm. 11 Uhr bei Wwe. Nerber, Rheingasse 22. Wichtige Beschlußfassung! Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Dienstag, 17. Mai:

Berlin III. Abends 8 Uhr im Lokale Inselstr. 10. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht.

Itzehoe. Abends 8 Uhr in der „Zentralherberge". Zahlreiches Erscheinen nothwendig.

Sonntag, 22. Mai:

Meuselwitz. Nachm. 3 Uhr im Restaurant Eisenhammer: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Zerbst. Kollegen, seid vollzählig am Platze!

Verbandsversammlungen der Stukkateure.

Sonntag, 15. Mai:

Hamburg. Abends 8½ Uhr Rosenstr. 37: Außerord. Mitgliederversammlung. Abstimmung über den geplanten Lokalgroßreinigung und Sonstiges.

Oeffentliche Maurerversammlungen.

Sonntag, 15. Mai:

Gr.-Ziegenort. Nachmittags 2 Uhr im Busar'schen Lokale in Hammer. Alle Kollegen werden dringend gebeten, zu erscheinen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

bandes führte. Als Bevollmächtigter wurde Kollege Hoffmann, und als Kassirer Kollege Paul gewählt. Die Mitgliederversammlungen sollen jeden zweiten Sonntag nach dem Ersten im Monat, Nachmittags 4 Uhr, in Gämerts Lokal, stattfinden.

In **Hannover** fand am 26. April eine öffentliche Maurerversammlung im großen Saale des „Ballhof" statt. Genosse Leinert referirte über: „Die Streikbekämpfung durch das Unternehmerthum". Redner betonte, daß die Organisationen der Arbeiter den Unternehmern ein Dorn im Auge seien, weshalb dieselben mit allen Mitteln daran arbeiteten, die Organisationen der Arbeiter zu zerstören. In beredter Weise wies Genosse Leinert nach, daß der Arbeiter nur auf sich selbst vertrauen könne und deshalb sich immer mehr in den von dem Unternehmerthum so sehr gehaßten Organisationen zusammenschließen müsse. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Kollege Tönnies gelhelte an der Hand von Beispielen die Schädlichkeit des Submissionswesens. Kollege Meißner erstattete Bericht über Lohnreduzirungen, welche verschiedene Meister in letzter Zeit gemacht haben. So z. B. die Herren Andreas, Philipps und Brauns in Hannover und Basse in Linden. Nachdem noch die Kollegen Tieste und Böttcher zu dieser Sache gesprochen hatten, wurde auf Antrag Tönnies die Lohnkommission beauftragt, sich über die örtlichen Verhältnisse eingehend zu orientiren und in einer öffentlichen Versammlung Bericht zu erstatten. Im Punkt „Verschiedenes" machte Kollege Koch darauf aufmerksam, daß beim neuen Lindener Rathhausbau 60 Mann arbeiten, und daß für diese Anzahl Personen nur ein Abort (!!) vorhanden ist. — Leinert erstattete dann noch Bericht über den Streik der Stukkateure, betonend, daß die Puter doch keine Stuckarbeiten verrichten möchten. Kollege Böttcher beantragte, den Stukkateuren M. 100 zu bewilligen. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Ferner beantragte Tieste, M. 1500 an die Zentralstreikkasse abzuführen, was ebenfalls einstimmig angenommen wurde. Meißner forderte dann noch zum Schlusse die Kollegen auf, thatkräftig für den Streikfonds zu sammeln.

— Eine zahlreich besuchte öffentliche Maurerversammlung tagte am Sonntag, 1. Mai, im großen Saale des „Ballhof". Ueber den 1. Punkt der Tagesordnung: „Die Lohnverhältnisse am Orte" referirte Kollege Tönnies. Redner führte zunächst die Ursachen des Streiks im Jahre 1896 an. Durch den Streik hätten die Kollegen den Stundenlohn von 45 ₰ behauptet. Inzwischen sei aber wieder vielfach eine erhebliche Reduktion eingetreten, theilweise sogar bis auf 30 ₰, hiergegen müsse entschieden Front gemacht werden. Redner kritisirte dann noch die Praktiken einzelner Unternehmer in Bezug auf die Lohndrückerei und empfahl am Schlusse seiner mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgende Resolution: „Die am 1. Mai im „Ballhofe" tagende öffentliche Maurerversammlung beschließt, mit aller Kraft für die Aufrechterhaltung des Stundenpreises von 45 ₰ einzutreten, und die verschiedensten Versuche, den Lohn herunterzudrücken, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Da dies aber nur erfolgreich durch eine stramme Organisation erreicht werden kann, so erklären sich sämmtliche Anwesenden, soweit sie dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands noch nicht angehören, bereit, dem Verbande beizutreten. Um nun zunächst den Versuch zu machen, die Differenzen auf gütlichem Wege zu schlichten, wird die Lohnkommission beauftragt, sich an die Baugewerken-Innung, sowie an die Innung zu Linden, ferner an den Maurer- und Zimmermeisterverein mit der Anfrage zu wenden, ob die genannten Unternehmer-Organisationen bereit sind, mit der Lohnkommission eine Sitzung abzuhalten. Die Lohnkommission wird ferner beauftragt, über diejenigen Bauten von Unternehmern, welche die Lohndrückerei besonders schlimm betrieben haben, wenn Aussicht auf Erfolg vorhanden, sofort die Sperre zu verhängen." Diese Resolution gelangte, nachdem dieselbe von mehreren Kollegen befürwortet war, zur einstimmigen Annahme. Nachdem dann noch Kollege Tönnies auf die Feier des 1. Mai hingewiesen und 36 Kollegen dem Verbande beigetreten waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Wie man unsere Organisation im Keime ersticken will, das zeigt sich nur zu deutlich hier in **Kirdorf**, wo seit dem 1. Januar 1898 eine Zahlstelle des Verbandes besteht. Schon von allen Seiten legte man uns Hindernisse in den Weg, um unsere Zahlstelle wieder zu sprengen, was aber nicht gelang. Nun endlich kommt auch das Unternehmerthum und will sein Möglichstes thun, nämlich es hält den Kollegen vor, Ihr braucht keinen Verband, wir zahlen Euch ohne Verband 32 ₰ pro Stunde. Daß die Kollegen, wenn sie organisirt sind, vor allen Dingen die zehnstündige Arbeitszeit und einen Lohn von 38—40 ₰ pro Stunde erzielen können, das wisser die Herren Unternehmer nur zu gut, und deshalb sind sie zu zuvorkommend, nicht um dem Maurer seinen verdienten Lohn zu geben, nein, um die Organisation zu sprengen, um es nachdem den Kollegen wieder doppelt abzunehmen. Deshalb rufe ich den Kollegen von Kirdorf und Umgegend zu: Wachet auf aus Eurem langjährigen Traum und schließt Euch Mann für Mann dem Zentralverband der Maurer Deutschlands an; nur wenn man geschlossen vorgeht, kann was erzielt und das Erzielte auch erhalten werden. Nehmt Euch die Kollegen von Nordeutschland zum Muster und sagt Euch, so weit wie die sind, wollen und müssen wir auch kommen. Aber schrecket nicht zurück vor den 15 ₰ Beitrag pro Woche, denn wenn man was ernten will, so muß man auch was säen. Ich rufe nochmals den organisirten Kollegen zu: Agitirt auf dem Wege nach der Arbeit und auf der Arbeit und gleichfalls von der Arbeit, und legt den Kollegen klar, welchen Nutzen der Verband hat, dann werden wir auch unser Ziel erreichen, wenn wir zusammen arbeiten.

Der Bevollmächtigte.

In **Leipzig** fand am 26. April im Saale des „Pantheon" eine öffentliche Maurerversammlung statt. Die vom Geschäftsführer vorgetragene Abrechnung über den Unterstützungsfonds ergiebt eine Einnahme von M. 54 284,44 und eine Ausgabe von M. 44 864,89. Der Kassenbestand beträgt M. 9419,55. Dem Kollegen Jacob wurde Decharge ertheilt. Jacob erwähnte noch, daß es erwünscht wäre, die Mietheborschüsse vom vorigen Herbst, die verschiedene Kollegen in Anspruch nehmen mußten, in nächster Zeit an die Kasse zurück zu führen. Auch sollen die Verbandsbeiträge regelmäßiger abgeführt werden. Die Kollegen, die sich im vorigen Jahre uns nicht angeschlossen, möchten sich doch endlich bewußt werden, daß sie die Früchte, die sie jetzt mit genießen, den Kollegen zu verdanken haben, die sie mit schweren Opfern erkämpft haben. Es sei ihre Pflicht, mit dazu beizutragen, daß wir den deutschen Maurern das wieder zurückerstatten können, was sie an uns gethan haben. Als Revisoren wurden die Kollegen Clauß und Wieprich gewählt. Kollege Lufsky erstattete dann Bericht vom Gewerkschaftskartell, das für die Leipziger Arbeiterschaft sehr dienlich und von Vortheil sei. Auch die Maurer sollten sich weiter im Kartell vertreten lassen. Die Versammlung stimmte dem zu und nahm die Delegirtenwahl vor. Die Delegirten erhalten pro Sitzung 75 ₰ Diäten. Kollege Beyer schilderte dann in kurzen, treffenden Worten die Nothwendigkeit der Landeskonferenz. Die Versammlung beschloß, sich von den Kollegen Beyer und Orath als Delegirten und Jacob und Zscherpe als Ersatzmänner vertreten zu lassen. Unter „Berufsangelegenheiten" berichtete Jacob, daß der Mindestlohn in Oetzsch und Gautzsch sowie in Paunsdorf bei Wilhelm & Häßlich für Junggesellen nicht bezahlt wird. Verschiedene Redner erklärten, daß der Mindestlohn auch bei Kutscher, Auerswald, Seidel und Maurermeister Enke („Palaiengarten") nicht bezahlt wird. In der Baubude bei Enke in der „Großen Funkenburg" lagern zirka 40 Sack Zement; die dort arbeitenden Kollegen wurden aufgefordert, den Parlier zu veranlassen, daß der Zement entfernt wird. Bei Beck in der Funkenburg führen die Kollegen wider den gefaßten Beschluß den Putz in Akkord aus, obwohl dies vorher vier Kollegen verweigert hatten. Durch solch' bisziplinwidriges Verhalten werden natürlich immer von Neuem Zwistigkeiten mit den Unternehmern hervorgerufen. Auf dem Bau des Gasthofbesitzers zum „Goldenen Löwen" in Stötteritz wurden drei Kollegen gemaßregelt, weil sie am Sonnabend gedespert hatten. Hieraus ersieht man, daß es die Maurer nicht allenthalben verstehen, ihre Pausen einzuhalten. In dieser Frage hat der Parlier gar keine Vorschriften zu machen. Bei Späte mußten die Kollegen bis 7 Uhr arbeiten, um den Giebel abzustelfen, weil dieser angeblich zu rutschen drohte. Es wäre Pflicht der dortigen Kollegen gewesen, eher abzustelfen, ehe man unter die Gründung geht. Kollege Berthold unterzog das Verhalten der Kollegen einer scharfen Kritik in Bezug auf die Besorgung der Marken; entweder seien sie zu faul oder zu feige. Sie wird Personen überlassen, die man nicht kennt. Das könne unserer Sache nur schädlich sein. Er ersuchte die hiesigen Kollegen, sich um unsere Sache mehr zu kümmern. Ferner erwähnte Redner die Lohnzahlungen. Es werde fast nur der Mindestlohn gezahlt, und das bauende Publikum mache sich falsche Vorstellungen über den Verdienst der Maurer. Zum Schluß ermahnte Kollege Beyer noch, die Versammlungen besser zu besuchen und das Ziel, die Erreichung des Achtstundentages, nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Versammlung war von 800 Personen besucht.

In **Lengo** fand am 27. April im Saale des Herrn H. Volland eine öffentliche Versammlung statt, um zu dem Streik Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende der Lohnkommission, Kollege W. Strate, schilderte die Entstehung und Ursachen des Streiks und das Verhalten der Meister. Diese haben jede Unterhandlung mit den Gesellen abgelehnt. Redner kritisirt dann das erbärmliche Verhalten einiger Kollegen, die nicht allein herzulocken suchen. Die Einigkeit der Streikenden ist eine musterhafte. Die Lohnkommission machte nochmals einen Versuch, mit den Meistern zu unterhandeln. Letztere wollen aber den Lohntarif nicht anerkennen, auch nichts mit der Lohnkommission zu thun haben, sondern nur mit ihren Gesellen einzeln unterhandeln. Es wurde dann beschlossen, da die Streikenden sämmtlich zu den neuen Bedingungen im Orte oder in der Nähe untergebracht werden können, die Meister allein zu lassen mit ihren Streikbrechern, bis sie eines Besseren belehrt sind. Der Angriff auf unsere Organisation ist abgeschlagen und wir werden auch weiter beweisen, daß die Meister die Rechnung ohne das Solidaritätsgefühl der Mehrzahl der Lengoer Maurer gemacht haben. Wir fordern aber zugleich alle organisirten Kollegen auf, so lange zu agitiren, bis auch die uns jetzt Fernstehenden der Organisation angehören.

In **Liegnitz** fand eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung im Gasthofe „Zu den drei Bergen" am 24. April statt. Kollege Eckstein aus Zwickau hielt einen Vortrag über „Das Koalitionsrecht und der Erlaß des Grafen Posadowsky", sowie „Baugewerblicher Arbeiterschutz und die Reichstagswahlen". Redner schilderte in seinem zweistündigen Vortrage mit beredten Worten, wie das Unternehmerthum darauf ausgehe, das Koalitionsrecht der Arbeiter einzuschränken und welche Unterstützung es hierbei seitens der Regierung finde. Weiter besprach Redner die elende Lage der Arbeiter im Allgemeinen und besonders die Mißstände im Baugewerbe. Diese müßten nothwendigerweise durch reichsgesetzliche Maßnahmen, unter steter Mithülfe der Arbeiterorganisationen, beseitigt werden. Darum müssen alle Arbeiter dafür streben, daß wirkliche Arbeitervertreter, Sozialdemokraten, als Gesetzgeber in den Reichstag hineinkommen. Reicher Beifall lohnte den Redner am Schlusse seines Vortrages. In einer Resolution erklärten sich die Kollegen vollständig mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und legten energisch Protest ein gegen den Erlaß des Grafen Posadowsky.

Am 1. Mai fand in **Mörfelden** eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Kollege Lorenz-Hamburg referirte über die Bedeutung des Tages, über den Posadowsky'schen Streikerlaß und über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die heutige öffentliche Bauhandwerkerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollauf einverstanden und verpflichtet sich die Anwesenden, mit aller Energie den Umtrieben der herrschenden Gesellschaft entgegen zu treten. Die Versammlung erkennt an, daß es nur Sache der Arbeiterklasse sein kann, ein wirkliches Koalitionsrecht zu erobern; und dies kann nur geschehen, wenn die Arbeiter einerseits geschlossen ihren gewerkschaftlichen Organisationen angehören und andererseits mit aller Kraft dafür eintreten, daß Männer in den Reichstag gesandt werden, die für die Rechte der Arbeiter eintreten."

In **Naumburg** fand eine öffentliche Maurerversammlung am 22. April statt. Kollege Koch-Gr.-Ottersleben referirte über: „Der Posadowsky'sche Streikerlaß, der Arbeiterschutz im Baugewerbe und die bevorstehenden Reichstagswahlen". Ausgehend von den durch Ueberproduktion und Unterkonsumtion entstehenden wirthschaftlichen Krisen, welche hauptsächlich im Baugewerbe zu verspüren sind, kommt Referent auf die Nothwendigkeit der Organisationen zu sprechen, welche den Arbeiter zur Erringung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen verhelfen sollen. An der Hand von Beweisen führt er den Versammelten den Nutzen und Werth der Organisation vor Augen. Das Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen, die Organisationen zu vernichten, sei das Bestreben des Unternehmerthums. Und die Behörden bieten hierzu hülfreiche Hand. Beweis: Der Posadowsky'sche Streikerlaß, das Verbot des Postenstehens bei Streiks, die überaus scharfen Strafen der Arbeiter bei geringfügigen Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung, und die völlige Straflosigkeit der Unternehmer bei gleichem, oftmals noch schwererem Vergehen. Nachdem Redner die verschiedensten Mißstände im Baugewerbe eingehend besprochen und auch hierbei die große Rückständigkeit der sogenannten Arbeiterschutzgesetzgebung gebührend beleuchtet hatte, forderte er zum Schluß seines interessanten 1½stündigen Vortrages die Anwesenden auf, dafür einzutreten, daß Männer in den Reichstag gewählt werden, welche die reaktionären Umtriebe des sogenannten Ordnungsklüngels zu Schande machen.

Am Dienstag, den 3. Mai, hielt die Zahlstelle **Potsdam** ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher der Bevollmächtigte bekannt gab, daß über die Bauten des Unternehmers Hanitsch die Sperre verhängt sei. Er forderte die Kollegen auf, Alles aufzubieten, um diese Sperre mit Erfolg durchzuführen. Das Gebahren dieses Herrn wurde von allen Kollegen in scharfer Weise gerügt, da derselbe voriges Jahr selbst Mitglied des Verbandes war. Das Mitglied Friedrich Schmeiß (Buch-Nr. 50 989) wurde nach § 15 des Statuts ausgeschlossen, weil es gegen unsere Beschlüsse gehandelt hat und nach dem 1. April noch im Akkord geputzt hat. Ferner wurde beschlossen, zum Besuche der Kollegen in Eiche am zweiten Pfingstfeiertage eine Partie mit Familie zu machen. Abmarsch früh 7 Uhr vom Obelisk am Sanssouci.

In **Remscheid** wurde am 11. April eine Zahlstelle des Maurerverbandes gegründet. Nachdem Kollege Ecke-Dresden einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation gehalten, traten 48 Kollegen dem Verbande bei. Als Bevollmächtigter wurde Kollege Heun und als Kassirer Kollege Helbisch gewählt.

Am 8. d. M. fand in **Ruhrort** im Lokale des Herrn Steinen eine öffentliche Maurerversammlung statt, in welcher 96 Kollegen anwesend waren. Kollege Marx aus Düsseldorf sprach über die Lage der Maurer und wie dieselbe zu verbessern sei. Er führte aus, daß die Maurer als Saisonarbeiter unter dem Einfluß der Witterung sehr zu leiden hätten und ihnen in letzter Zeit eine schlechte Behandlung zu Theil geworden sei. Die Baubuden, Aborte und Gerüste wurden von ihm einer scharfen Kritik unterzogen. Zum Schluß des Vortrages forderte er alle anwesenden Kollegen auf, dem Zentralverband der Maurer Deutschlands beizutreten. 18 Kollegen zeichneten sich sofort ein, und es wurde beschlossen, eine Zahlstelle für Ruhrort-Meidrich zu gründen. Weiter wurde beschlossen, Sonntag, den 15. Mai, Nachmittags 4 Uhr, die erste Mitgliederversammlung stattfinden zu lassen, in welcher die Wahl der örtlichen Verwaltung vorzunehmen ist. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die deutsche Maurerbewegung.

Am Sonnabend, den 23. April, tagte in **Solingen** im Lokale des Herrn S. Theegarten eine von zirka 150 Personen besuchte öffentliche Maurerversammlung, in welcher Kollege Voigt-Magdeburg einen Vortrag über das Thema: „Der Kampf um das Koalitionsrecht" hielt. In vortrefflicher Weise wußte der Redner zu schildern, in welcher traurigen Lage sich der Arbeiter befindet und daß die herrschende Gesellschaft ihn noch immer mehr zu unterdrücken trachtet. Unternehmerthum und Regierung sei sich hierin einig, das habe kürzlich wieder der Staatssekretär Posadowsky mit seinem gehetzten Rundschreiben bewiesen. Nach zweieinhalbstündiger Rede, in welcher er zum Schlusse die Anwesenden aufforderte, sich zu organisiren, erntete der Referent stürmischen Beifall. Sodann wurde von der Versammlung beschlossen, da das Schreiben, welches nochmals an die Meister gerichtet wurde, unbeantwortet geblieben ist, am Sonnabend, den 30. April, das Arbeitsverhältniß zu kündigen. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Die Zahlstelle **Stralsund** hielt am 2. Mai ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche von 80 Kollegen besucht war. Es traten 15 Kollegen dem Verbande bei. Die Zahlstelle hat sich gegen das Vorjahr um 40 Kollegen in diesem Jahre verstärkt und zählt jetzt 95 Kollegen. Zur Verhandlung standen nur interne Angelegenheiten, die zur allgemeinen Befriedigung ihre Erledigung fanden.

Am 17. April wurde in **Striegau** (Schlesien) eine Zahlstelle des Verbandes gegründet. Die Versammlung war sehr gut besucht, und eine größere Anzahl Kollegen trat dem Verbande bei. Auch Angehörige der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine waren erschienen und versuchten, für ihre Organisation Stimmung zu machen. Sie hatten jedoch keinen Erfolg, nachdem die Genossen Heinzel und Baudach das Wesen der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine und Zweck und Ziel der wirklichen Arbeiterorganisationen gebührend beleuchtet hatten.

Am Mittwoch, den 27. April fand in **Stuttgart** im „Gewerkschaftshaus" eine große, stark besuchte öffentliche Maurerversammlung statt mit der Tagesordnung: „Welche Forderungen wollen die Maurer Stuttgarts an die Unternehmer stellen?" Das Lokal war schon vor 8 Uhr so stark besetzt, daß eine große Anzahl Kollegen auf den Gängen, Treppen und im Hausflur Platz nehmen mußte, und über hundert mußten, ohne an der Versammlung theilnehmen zu können, umkehren. Die Unternehmer glaubten den Forderungen der Zimmerleute mit dem Einwande begegnen zu können: „Die Maurer sind mit den bisherigen Verhältnissen zufrieden und zweierlei Arbeitsbedingungen können wir nicht einführen." Die Maurer haben in dieser Versammlung jedoch den Meistern einen bösen Streich gespielt. Kollege Stolle begründete in eingehender Rede die von der Lohnkommission formulirten Forderungen und hob besonders hervor, daß die Kollegen Stuttgarts in entschiedener Weise für die Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen müßten. Auch der Stundenlohn müsse bedeutend erhöht werden, die jetzige übermäßig niedrige Lebenshaltung erheische mit gebieterischer Nothwendigkeit eine den Stuttgarter Lebensmittel- und Mietheypreisen entsprechende Aufbesserung. Ferner müsse der achtägige Zahltag den Meistern abgerungen werden, sowie die sofortige Auszahlung des Lohnes bei Lösung des Arbeitsverhältnisses. Weiter wies Kollege Stolle auf die Bauhütten hin, daß die Meister wohl für Zement und sonstige Baumaterialien Hütten hätten, aber Hütten, wo die Arbeiter ihr Mahl einnehmen oder ihre Kleider aufheben können, halten die Herren Meister nicht für angebracht. Wenn die Arbeiter die Aushängung der Unfallverhütungsvorschriften verlangen, welche den Unternehmern unentgeltlich zur Verfügung stehen, so sträuben sie sich auch noch dagegen. Nachdem sämmtliche noch nicht organisirte Kollegen aufgefordert worden, sich dem Zentralverband der Maurer anzuschließen, da die Zahlstelle Stuttgart wohl gewillt und dann auch im Stande sei, für die Kollegen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, wurden die in Nr. 19 des „Grundstein" (Lohnbewegung) veröffentlichten Forderungen beschlossen.

— Eine öffentliche Maurerversammlung am 6. d. M. im „Bären" war überfüllt, Hunderte mußten den ganzen Abend bis auf die Treppen hinaus zusammengedrängt stehen. Der Vortrag des Kollegen Paul-Hannover über: „Der baugewerbliche Arbeiterschutz und wie ist derselbe am besten durchzuführen?" der viel Interessantes bot, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf gab der Vorsitzende einen Bericht über die Einigungsverhandlungen mit den Meistern und deren neueste papierene Solawechselgründung, ohne daß darauf eine Angst unter den Arbeitern bemerkbar gewesen wäre. Im Gegentheil, nicht eine Stimme erhob sich dafür, bei den Herren zu Kreuze zu kriechen. Gegen eine einzige Stimme wurde beschlossen, nicht in den Streik einzutreten, der Lohnkommission aber der strikte Auftrag ertheilt, bei den Verhandlungen mit den Meistern von den aufgestellten Forderungen in keinem Punkte abzugehen. Zimmerarbeiten dürfen von Maurern unter keiner Bedingung verrichtet werden.. Sollten einzelne Maurer von den Herren Werkmeistern etwa entlassen werden, dann ist darnach zu trachten, so bald wie möglich auswärts Arbeit zu finden. Die Stimmung unter den Maurern ist, wie bei den Zimmerern, eine sehr gute. Daß sie für ein erreichbares Ziel gegen skrupellose Protzen kämpfen, wissen sie, das zeigt ihnen die Haltung ihrer Ausbeuter in der Frage des achttägigen Zahltages, der in fast allen anderen Berufen eingeführt ist. Solawechsel haben die Arbeiter nicht zu unterschreiben, sie geben ihr Wort, und das halten sie. Da könnten die gebildeten Herren noch viel lernen.

Am Sonntag, den 1. Mai, fand in **Waldorf** (Hessen), im Gasthaus zur „Waldlust" eine öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Abel aus Wiesbaden hielt einen Vortrag über den Streikerlaß des Grafen Posadowsky und die bevorstehenden Reichstagswahlen, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Zum Schluß hob Redner hervor, daß nur durch eine gute, alle Maurer umfassende, zielbewußte Organisation eine bessere Lebensstellung errungen werden könne. Kollege Schulmeier von Mörfelden unterstützte Kollegen Abel durch Ausführungen über die indirekten Steuern, Krankenkassen, Unfall- und Invaliditätsgesetz. Kollege Passet rügte die Interesselosigkeit einiger Mitglieder, besonders des Schriftführers und der neugewählten Vorstandsmitglieder.

Am 6. Mai tagte in **Weißensee** eine Mitgliederversammlung des Verbandes. Zunächst verlas der Kassirer die Abrechnung vom ersten Quartal. Dieselbe wies einen Bestand von M. 79,17, eine Einnahme von M. 163,77, eine Ausgabe von M. 67,60 und einen Bestand für das zweite Quartal von M. 96,17. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. In „Verschiedenes" werden dem stellvertretenden Kassirer M. 3 pro Quartal und dem Kassirer pro Zahltag 50 ₰ bewilligt; derselbe kassirt jeden Sonntag von 10—12 Uhr. Alsdann erstattete die Untersuchungskommission Bericht über die Kollegen, die in Köpenick gearbeitet haben. Es kam ein Schreiben der Köpenicker Lohnkommission zur Verlesung, worin erklärt wird, daß den betreffenden Kollegen nichts zur Last gelegt werden kann, sie sich auch in keiner Hinsicht vergangen hätten. Da sich Niemand mehr meldete, so schloß der Bevollmächtigte die schwach besuchte Versammlung. (Werthe Kollegen, ich kann nicht umhin, Euch auf diesem Wege zuzurufen, Euch besser an den Versammlungen zu betheiligen, denn es giebt in diesem Jahre noch viel zu thun und zu schaffen, darum kümmert Euch besser um Eure Sache. Die Maienjonne ist aufgegangen, darum laßt auch Eure Gedanken mehr der Gewerkschaftssache zugehen, zieht die Schlafmütze runter vom Kopfe und erscheint in den Versammlungen. Sie finden jeden ersten Freitag im Monat, Abends 8 Uhr, statt. Anmerk. des Schriftführers.)

In **Zeitz** fand am 25. April eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, in welcher Kollege Koch-Groß-Ottersleben über die Lage im Baugewerbe und den Posadowsky'schen Streikerlaß sprach. Die Versammlung war nicht so gut besucht, wie es hätte sein müssen. Kollege Koch erledigte seine Aufgabe in sehr guter Weise. Er geißelte das Vorgehen der Unternehmer scharf, sowie unsere heutige Rechtsprechung. Des Weiteren kam Kollege Koch auch auf die Arbeiterpresse zu sprechen und ermahnte die Anwesenden, diese kräftig zu unterstützen. Besonders wurden auch alle Kollegen dringend aufgefordert, die Reichstagswahlen in dem Sinne zu fördern, daß möglichst viele Sozialdemokraten gewählt würden. Die Resolution der Generalkommission wurde einstimmig angenommen.

Stukkateure.

Die Stukkateure Fromm, Weinholz und Polsin, im vorigen Herbst bei der Firma Bermbach & Mallmann in Nerdingen in Arbeit, werden zwecks Zeugnißablegung dringend ersucht, ihre Adressen an die Redaktion des „Grundstein" sofort einzusenden.

* * *

An die deutschen Stukkateure, Gipser usw.

Anläßlich einer Notiz in der letzten Nummer des „Grundsteins" erlaubt sich der Unterzeichnete, da trotz mehrfacher Bemühungen und öffentlicher Aufforderungen im „Grundstein" es bereits als unmöglich bezeichnet werden muß, die Comités in den Städten, wo Streiks ausgebrochen waren, zur Veröffentlichung von Situationsberichten zu veranlassen, aus eigener Erfahrung über die Lage in Nürnberg Folgendes zur Kenntniß der Kollegen zu bringen.

Aufgefallen muß es den meisten Kollegen sein, daß es plötzlich hieß, in Nürnberg sind 480 Stukkateure in den Lohnkampf eingetreten. Thatsächlich arbeiten dort, ohne Fürth mit zu rechnen, za. 500 Stukkateure, davon ungefähr 80—90 sogenannte Fein-Stukkateure, Kollegen, die in allen vorkommenden Arbeiten unserer Branche sattelfest sind, und die Uebrigen sind Grob-Stukkateure, Putzer, die vielleicht ein einfaches Gesimschen ziehen können und in den meisten Gegenden Deutschlands zu den Maurern gerechnet werden, bezw. sich selbst dazu zählen. Von Ersteren waren za. 60 Mann organisirt, und beschlossen dieselben, unter sich in eine Lohnbewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. (Hierbei sei nun gleich bemerkt, daß die Kollegen es nicht für nothwendig befunden hatten, den Hauptvorstand von dieser Sache frühzeitig in Kenntniß zu setzen, sondern ein paar Tage vorher mit der perfekten Thatsache herankamen, wenn bis Montag die Forderung nicht bewilligt wird, streiken wir.)

In den nun folgenden öffentlichen Versammlungen wurde die Angelegenheit verhandelt und erklärten sich die Grob-Stukkateure mit den anderen solidarisch, und wurde beschlossen, eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag und **20** pZt. Lohnerhöhung zu verlangen. Die Stimmung unter den Kollegen war eine sehr gute, sowie die Konjunktur außerordentlich günstig, man hatte nur vergessen zu fragen: 1. Wo kommen die zur Unterstützung nothwendigen Gelder her? und 2. Werden unsere Maurermeister und Bauspekulanten nicht mit den Stuckmeistern gemeinsame Sache machen? Ueber den ersten Punkt konnten diejenigen unserer Kollegen, die gewohnt sind, die Abrechnungen der Hauptkasse zu lesen, nicht im Zweifel sein, besonders da sie wußten, daß in Kaiserslautern und Hannover schon eine Lohnbewegung im Gange war. Beim zweiten Punkt war es vorauszusehen, daß dieselben Bauunternehmer in dem Falle ihre Bauten lieber ein paar Wochen still liegen ließen, als daß sie einer anderen Arbeiterkategorie Dasjenige zukommen lassen würden, was ihre Maurer und Zimmerleute in verschiedenen Lohnkämpfen nicht erringen konnten, denn dann hatten sie den Maurern und Zimmerleuten, überhaupt den Bauhandwerkern, ein siegreiches Pionierbataillon geschaffen. Der Kampf mußte deswegen ein schwerer werden. Zugegeben muß unbedingt werden, daß der Stein, einmal in's Rollen gebracht und weiter geschoben durch den Anschluß der Putzer, nicht gut mehr aufgehalten werden konnte. Bei der großen indifferenten Masse, zirka 480 Mann, war es nicht zu verwundern, daß schon in der ersten Woche ganz bedeutend mehr an Unterstützung ausbezahlt werden mußte, als den organisirten Kollegen in den letzten Tagen zugestanden werden konnte. Die Gelder dazu wurden in dankens- und anerkennenswerther Weise durch den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells flüssig gemacht. Schreiber dieses war an dem darauf folgenden Sonntage selbst am Orte, und muß ich offen gestehen, daß die Begeisterung der Streikenden eine ganz großartige und die Leitung durch das Comité eine mustergültige war. Kurz, in der ersten Woche blieben von M. 2500 noch za. M. 800 übrig. Nun herrscht in Nürnberg im Bauhandwerk ein eigenthümliches System. Der Arbeiter erhält von seinem Meister bezw. Parlier jeden Tag „Schutz" ausbezahlt, und zwar so, daß manchmal am Ende der Woche resp. Zahltag nur noch wenig herauskommt. Um den Anforderungen der Streikenden gerecht zu werden, mußte die Streikkommission auch dasselbe thun. Die vorhandenen M. 800 waren schnell weg, und trotzdem, daß von der Hauptkasse in der zweiten Woche Freitags nochmals M. 2000 hingeschickt wurden, und zwar das Letzte, was in der Kasse war, konnte der Streik nicht mehr aufrecht erhalten werden. Zweck dieser Zeilen soll nicht sein, zu nörgeln über einen verlorenen Streik, noch viel weniger Vorwürfe zu machen. Für mich handelt es sich nur darum, über die eingangs angeregte Notiz im „Grundstein" nicht die Meinung aufkaufen zu lassen, als ob der Hauptvorstand seine Schuldigkeit nicht gethan habe.

Mögen die Kollegen sich allerorts die Nutzanwendung daraus ziehen, daß man ohne genügend organisirte Arbeiter, sowie einen ordentlichen Fonds auf eine erfolgreiche Lohnbewegung niemals hoffen kann.

Die Lohnbewegung der Stuttgarter Kollegen ist ohne Kampf zu deren Gunsten beendigt. **Chr. Obenthal.**

* * *

An die Stukkateure von Rheinland und Westfalen!

Kollegen! Laut Beschluß der Krefelder Konferenz verbleibt der Zentralarbeitsnachweis in Elberfeld. Die Kollegen der beiden Provinzen, und hauptsächlich die in Krefeld vertretenen Delegirten, mögen schleunigst Sorge tragen, daß in ihren Orten Arbeitsnachweise errichtet werden, welche ständig mit der unterzeichneten Kommission in Verbindung treten. Vor Allem ersuchen wir, uns wahrheitsgetreue und schnelle Berichte zugehen zu lassen, ob Kollegen Arbeit suchen, oder ob Arbeit vorhanden ist. Thue Jeder in dieser Angelegenheit sein Möglichstes; wir haben die Ueberzeugung, der Zentralarbeitsnachweis wird für die Kollegen nur von Nutzen sein!

Mit kollegialischem Gruß und Handschlag

Carl Zdiess, Elberfeld, Auerstr. 24.
Carl Röhrmann, Elberfeld, Eichenstr. 46.

* * *

Konferenzbericht.

In **Krefeld** fand am zweiten Osterfeiertage eine Konferenz für den Agitationsbezirk Rheinland und Westfalen statt. Köln, Düsseldorf, Barmen, Elberfeld, Bochum, Dortmund, Hagen und Bielefeld waren durch je einen Delegirten, Essen durch zwei und Krefeld durch drei Delegirte vertreten. Auf der Tagesordnung stand: Situationsbericht der Delegirten, Bericht des Agitationscomités, Arbeitsnachweis und Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde beschlossen, dem Vertrauensmanne von Krefeld beratende Stimme einzuräumen. Für Beschlüsse hat jede Stadt nur eine Stimme.

Zur Berichterstattung der Delegirten erhält zunächst das Wort Oerter-Köln: Es sind in Köln ungefähr 200 Innenarbeiter, 50 Werkstattarbeiter und 300 Fassadenputzer, die als Stukkateure gezählt werden. Organisirt sind 117. Die im vorigen Jahre gegründete besondere Organisation der Werkstättenarbeiter ist wieder eingeschlafen; die Fassadenputzer sind nicht organisirt. Die Arbeitszeit beträgt am Bau 8½ Stunden, in der Werkstatt 9 Stunden. Der Tagelohn beträgt M. 5—6. Akkordarbeit ist vorherrschend.

Kleff-Elberfeld berichtet: Am Orte arbeiten za. 200 Stukkateure und 16 Lehrlinge in 16 Geschäften. 50 gehören der Organisation an, davon 2 Werkstattarbeiter. Fassadenarbeit ist vorherrschend. Der Lohn beträgt M. 4,50—5,50. Der Lohntarif der Gehülfen ist nur in einigen Geschäften anerkannt. Die Unternehmer sind organisirt.

Vieth-Barmen theilt mit, daß die Verhältnisse in Barmen gleich denen in Elberfeld sind. Organisirt sind 55 Kollegen.

Hartmann-Dortmund: Es sind zirka 300 Kollegen, inkl. Fassadenputzer, am Orte. Organisirt sind 20 im Zentralverbande und 40 im Lokalverein. Es war beschlossen, den Unternehmern einen Lohntarif zuzustellen, der hauptsächlich die Verkürzung der Arbeitszeit betrifft; leider scheiterte die Ausführung dieses Beschlusses bisher an der lazen Haltung der Fassadenarbeiter.

Dornbach-Bochum: 250 Stukkateure werden beschäftigt. In acht Geschäften werden Stundenlöhne von 40—60 ₰, bei zehnstündiger Arbeitszeit, gezahlt. Im Allgemeinen haben sich die Lohnverhältnisse gebessert; Baukonjunktur ist gut. Organisirt sind 25 zentral und 15 lokal.

Glyz-Sagen: Von 200 Stukkateuren sind 20 organisirt. Werkstattarbeiter haben die zehnstündige Arbeitszeit und M. 30 Wochenlohn. Am Bau Akkord üblich. Der Transport der Materialien wird auf Kosten der Gehülfen vorgenommen.

Landes-Essen: Die Zahl der Stukkateure beläuft sich auf mehrere Hunderte; dem Verbande gehören 17 Kollegen an. Der Lohn beträgt M. 4—5. An der Fassade wird zwölf Stunden und mehr gearbeitet. In neuerer Zeit hat sich ein „christlicher Stukkateurverein" gegründet; derselbe soll an 50 Mitglieder haben.

Seithümer-Düsseldorf: 39 Kollegen sind organisirt; gearbeitet wird von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends (zehn Stunden); der Lohn beträgt M. 4—5. Akkord ist vorherrschend. Leider kommt es häufig vor, daß die Kollegen sich bei Annahme der Arbeiten unterbieten.

Dohmen-Krefeld: Vorhanden sind 150—180 Stukkateure. Die Arbeitszeit beträgt elfeinhalb und zwölf Stunden. Den Unternehmern sind Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung unterbreitet worden. Sie haben sich jedoch ablehnend verhalten, wollen überhaupt nicht mit der Lohnkommission unterhandeln. In ihrer großen Güte sind die Herren aber nicht abgeneigt, mit „ihren" Leuten einzeln zu unterhandeln und eventuell auch den Lohn zu erhöhen. Einzelne Kollegen sind auch auf diesen Leim gegangen und dadurch ist die Lohnbewegung ziemlich aussichtslos geworden. Der Lohn beträgt zur Zeit 28—40 ₰ pro Stunde. (Der Unternehmer Quaker in Viersen soll sogar Monatslöhne von M. 50—100 zahlen.)

Der Bielefelder Delegirte berichtet, daß 25—30 Kollegen am Orte wohnhaft sind; organisirt sind 18. Der Lohn beträgt 36—44 ₰ pro Stunde.

(Hier endet der Bericht mit dem Bemerken des Schriftführers, daß das Weitere zur nächsten Nummer folgen solle. Wir haben die dem Schriftführer gemeinte Nummer absichtlich übergangen, weil wir den Bericht nicht zerstückeln wollten. Inzwischen scheint sich aber der Herr Schriftführer noch eines Anderen besonnen zu haben, denn der Schluß ist auch für die Nr. 20 noch nicht eingetroffen.) Die Redaktion.)

* * *

Berlin. Die Stukkateure Berlins hielten am 18. April bei Buske in der Grenadierstr. 33 ihre Quartalsversammlung ab. Punkt 1 der Tagesordnung wurde wiederum vertagt, da sich kein Kollege fand, der den Posten eines ersten Bevollmächtigten ausfüllen konnte. Es werden die nichtigsten Gründe von den einzelnen vorgeschlagenen Kollegen angegeben, nur um das Amt nicht zu bekleiden, weil es ein bischen mehr erfordert, als nur zahlendes Mitglied zu sein. Unter den Berliner Stukkateuren hat eine Interesselosigkeit Platz gegriffen, die Ihresgleichen sucht. Zum zweiten Punkt erfolgte die Abrechnung vom letzten Quartal, welche folgendes Resultat ergab: Gesammteinnahme M. 521,95, Einnahme für die Hauptkasse M. 234,90. Ausgabe M. 18. Bleiben abzuführen an die Hauptkasse M. 221,90. Filialeinnahme: Bestand vom vorhergehenden Quartal M. 63,33. Hauptbestand M. 350,38. Ausgabe M. 101,11. Bleibt Filialvermögen M. 249,27. Es wurde hierauf dem Kassirer Decharge ertheilt, zu gleicher Zeit aber den beiden nicht erschienenen Revisoren Kreds und Hölzel eine Rüge. Die beiden Kollegen mußten doch mindestens an der Sache ein Interesse haben, da doch Kollege Kreds bei der Revision verschiedenes bemängelt hatte. Unter „Verschiedenes" wurde an Stelle des bisherigen Hülfskassirers für Rixdorf, Barsanti, der Kollege Bernhard Pingel gewählt. Die Versammlung rügte hierauf das Nichterscheinen der Arbeitsnachweiskommission, überhaupt müsse Jeder, der einen Posten in der Gewerkschaft habe, in jeder Versammlung anwesend sein, außer er ist durch wichtige Angelegenheiten daran gehindert. Dieses gilt auch für die übrigen Mitglieder des Verbandes. Von der Versammlung wurde im Anschluß daran Folgendes akzeptirt: 1. Im Arbeitsnachweis findet von jetzt ab dreitägige Kontrole statt. 2. Die ersten zehn Eingeschriebenen aber müssen trotzdem täglich anwesend sein, und zwar bis 9 Uhr Vormittags; sollte bis dahin keine Arbeit eingelaufen sein, solche aber später eintreffen, so ist der Arbeitsnachweisinhaber Schünemann verpflichtet, durch Rohrpostkarte dem zuerst Eingeschriebenen Nachricht zukommen zu lassen. Bei der Firma Dammrich & Co. existirt zehnstündige Arbeitszeit, und zwar werden 9½ Stunden als Tag gerechnet; die andere halbe Stunde wird als Ueberstunde gerechnet, als solche aber nicht bezahlt. Außerdem wird noch bemerkt, daß der Kollege Walsleben freiwillig bei der betreffenden Firma für 37 ₰ Stundenlohn in der Werkstatt arbeitet. Außerdem wurde bekannt gemacht, daß bei der Firma Max Dröße der Kollege Pingel die Arbeit niedergelegt habe, weil Dröße bei verschiedenen Arbeiten einen Aufschlag des Preises verweigerte. Nochmals wurden die Kollegen zum Schluß ersucht, wenn sie verziehen, doch ihre neue Adresse beim Kassirer anzumelden.

Dresden. Eine öffentliche Stukkateurversammlung fand am 30. April im Restaurant „Bürgerbräu" statt. Der Abrechnung des Bevollmächtigten ist zu entnehmen: Einnahme für die Hauptkasse M. 109,48, für die Lokalkasse M. 203,32. Einnahme für den Agitationsfonds M. 246,95, Ausgabe M. 152,62. Kassenbestand im Lokalfonds M. 260, im Agitationsfonds M. 681,90. Für die streikenden Kollegen in Nürnberg und Hannover wurden M. 80 abgeschickt, weitere M. 100 bewilligte die Versammlung. Zum Zwecke der ferneren thatkräftigen Unterstützung unserer kämpfenden Kollegen wurde nach lebhafter Debatte folgender Antrag angenommen: „Während der Dauer der Streiks verpflichten sich die Kollegen, einen Extrabeitrag, Bauarbeiter 50 ₰, Werkstattarbeiter 25 ₰, pro Woche zu steuern." Zur Begründung wurde u. A. auch darauf hingewiesen, daß wir vielleicht nächstes Jahr auch wieder die Unterstützung der Kollegen brauchen, wenn die Tarifverlängerung nicht glatt von statten geht. Betreffs des Innungsarbeitsnachweises wurde beschlossen, die Regelung dieser Frage bis zur nächsten Versammlung, welche in 14 Tagen stattfinden soll, zu verschieben, sowie vorläufig diesen einseitigen Innungsnachweis nicht zu benutzen. Treffend illustrirt wurde die „Hebung des Handwerks" durch diese Innung von einem Redner, der erzählte, daß ein Innungsmeister eine gewisse Arbeit in Pirna für M. 400 machen will, während ein Nichtinnungsmeister M. 700 dafür aufsetzte. Zur Sprache kam ferner die noble Handlungsweise des Herrn Obermeisters Henseler, welcher seine Leute am Jubiläumstage auf ihre Kosten nicht arbeiten ließ. Gerügt wurde hierbei das Verhalten der dort arbeitenden Kollegen insofern, als sie nicht auf gerichtlichem Wege die Bezahlung dieses nicht gesetzlichen Feiertages verlangt haben; sie hätten doch wissen müssen, daß sie bei etwaigen Maßregelungen die gesammten Kollegen hinter sich hätten.

Köln. Am 3. Mai tagte eine öffentliche Versammlung der Stukkateure. In derselben erstattete Kollege Oerter Bericht über die Konferenz der Stukkateure von Rheinland und Westfalen. Darnach wurde auf derselben beschlossen, den Sitz des Agitationscomités in Köln zu lassen. Es wurden in dasselbe gewählt: Daniel Pullmann, Vorsitzender, Huhnsgasse 42; Heinr. Krausen, Kassirer, Vollerstr. 24—26; Bernh. Ham, Schriftführer, Moselstr. 104. Die Gründung des Streikreservefonds für

40 Pf., Pflasterbuben 28 Pf., altersschwache Arbeiter 35 Pf., Lehrlinge 20 Pf. Aber dazu 10 pZt. Lohnerhöhung.

Die Platzordnung soll wie folgt geändert werden: Umschau nach Arbeit an den Bauplätzen ist untersagt. Die Anstellung der Arbeiter geschieht ausschließlich durch das Arbeitsnachweisbureau, welches gemeinsam durch Unternehmer und Arbeitnehmer geführt wird. Die Anstellung der von Auswärts kommenden Arbeiter geschieht erst, nachdem die hier ansässigen Arbeiter untergebracht sind.

* **Aus Dänemark.** Die Arbeitsverhältnisse im Maurergewerbe haben sich im verflossenen Monat theilweise gebessert, jedoch ist nirgends Mangel an Arbeitskräften. Im Gegentheil, verschiedene Zahlstellen, u. a. Aalborg und Aarhus, warnen vor Zuzug. Die Städte Lemvig, Struer und Saeby sind für die Mitglieder des Verbandes gesperrt; dasselbe gilt für Maurermeister Faber in Kirkeflintrup bei Sorö. Kollegen, welche nach Randers und Fridericia reisen, um dort Arbeit zu suchen, werden gebeten, sich an den dortigen Vorsitzenden zu wenden. In Hobro ist ein Stundenlohn von 38 Oer vereinbart. In Esbjerg, Odder und Mittelfahrt ist vom Ausschuß eine Verständigung mit den Meistern herbeigeführt und das Protokoll unterschrieben worden.

— Der drohende große Konflikt zwischen den Arbeiterorganisationen und dem „Arbeitgeberverein" ist beigelegt. Die Vertreter der beiderseitigen Organisationen haben folgende Einigungsvorschläge gemacht. Von den Malern wird der von einem gemeinsamen Ausschuß ausgearbeitete Preiskouranat angenommen. Die Arbeitszeit wird auf 9½ Stunden angesetzt, auch die Bautischler behalten eine Arbeitszeit von 9½ Stunden. Die kleinen Einzelstreiks werden durch Verhandlungen abgeschlossen. Eventuelle Lohnstreitigkeiten werden in Zukunft durch die Fachschiedsgerichte entschieden. Außerdem wurde bestimmt, daß ein gemeinsamer Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Ausschuß von sechs Mitgliedern (je zwei aus jeder Organisation und je eins außerhalb derselben) in Zukunft entscheiden soll, ob entstehende Streitigkeiten ein Bruch der eingegangenen Uebereinkünfte sind. — Die Organisationen sind diesen Vorschlägen beigetreten.

Aus unserer Bewegung.

Am 29. April fand in **Altenburg** eine öffentliche Maurerversammlung statt. Zunächst hielt Kollege Koch-Gr.-Ottersleben einen Vortrag über: „Das Koalitionsrecht und der Streikerlaß des Staatssekretärs Posadowsky." Eine dem Referat entsprechende Resolution, in der gegen jede Verschlechterung des Koalitionsrechtes protestirt wird, wurde angenommen. Dann machte Kollege Börngen bekannt, daß seit dem 1. April die zehnstündige Arbeitszeit festgehalten werde. Nachdem die Gesellen vom genannten Datum nicht länger als bis 6 Uhr Abends gearbeitet haben, haben die Unternehmer sich stillschweigend gefügt. Die Stundenlöhne variiren zwischen 33 und 36 ₰. Auf Anregung des Kollegen Fuchs wurde beschlossen, der Frage der Lohnerhöhung in nächster Zeit näher zu treten, da der von den Maurern erzielte Verdienst in gar keinem Verhältniß zu den Ausgaben für Lebensmittel, Wohnungsmiethe und Steuern und Abgaben steht.

Am 22. April tagte in **Barmen** eine öffentliche Maurerversammlung, welche, den örtlichen Verhältnissen entsprechend, gut besucht war. Kollege Voigt-Magdeburg referirte über: „Die Nothwendigkeit der Verbesserung der Lage der hiesigen Maurer." Den Ausführungen des Referenten schlossen sich die anwesenden Kollegen vollständig an. Dann wurden die Mißstände auf den hiesigen Baustellen diskutirt. Kollege Milaschek brachte besonders die Mißstände auf dem Bau der „Concordia" an die Oeffentlichkeit. Der anwesende Wachtmeister notirte sich die Ausführungen. Am 25. April wurde denn auch die Baustelle von der Polizei besichtigt. Der Kollege wurde hinzugezogen und vom Parlier zur Rede gestellt, wo sich die Mißstände befänden. Der Parlier hatte jedoch gar keine Ursache, in überhebendem Tone zu reden, denn als die Beamten die Baubude und den Abort in Augenschein genommen hatten, wurden auf polizeiliche Anordnung sofort die größten Mißstände beseitigt; auch wurde ein Verbandskasten angeschafft. Vieles bleibt aber noch zu thun übrig. — Am 24. April tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung. Acht Kollegen ließen sich als Mitglieder einschreiben.

Eine öffentliche Versammlung der Putzer tagte in **Berlin** am 26. April. Sie beschäftigte sich zunächst mit der Lohnbewegung der Putzerträger. Nach einer längeren Diskussion, in der von einigen Rednern bemängelt wurde, daß die Putzerträger, trotz einem dahin geäußerten Wunsche, die Kommission der Putzer bei der Aufstellung des Lohntarifes nicht hinzugezogen haben, wurde beschlossen, den Putzerträgern zu ihrer Lohnbewegung die Sympathie zu erklären, im Uebrigen aber über den aufgestellten Lohntarif zur Tagesordnung überzugehen. Motivirt wurde dieser Beschluß auch damit, daß die Putzer nicht die Arbeitgeber der Träger seien, sondern diese sich an die Unternehmer mit ihren Forderungen zu wenden hätten. Außerdem führten einige Redner an, daß die geforderten Löhne, mit wenigen Ausnahmen, bereits allgemein bezahlt werden und, wie eine Umfrage ergeben hat, eine Opposition gegen die Forderungen bei den Putzern im Allgemeinen nicht vorhanden ist. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß allerdings die Putzer bei dem herrschenden Akkordsystem durch die Lohnbewegung in Mitleidenschaft gezogen werden, da die Träger von ihnen bezahlt werden müssen. Dann berichtete Kollege Dietrich über die von der Lohnkommission vorgenommene Baukontrole. Darnach sind in Berlin und in den nächsten Vororten gegenwärtig 128 Bauten vorhanden, auf welchen 1804 Putzer beschäftigt sind. Auf 95 Bauten sind 629 Innenputzer, auf 128 Bauten 675 Fassadenputzer beschäftigt. Die Preise bei den Fassadenarbeiten sind außerordentlich verschieden und je nach den Umständen festgesetzt. Der höchste Preis beträgt in einem Falle ℳ 5,40 pro Meter, während als niedrigster Preis in einem Falle nur 60 ₰ bezahlt wird. Bei Zementfassaden wird nur in einem Fall der Preis von ℳ 3 erreicht, während sonst nur ℳ 1,50, 1,80 bis ℳ 2 gezahlt wird. Bei Hinterfassaden wurde als höchster Preis ℳ 2,85 festgestellt, während der niedrigste 45 ₰ und die am meisten gezahlten Preise 65 ₰ bis zu ℳ 1 betragen. Für Innenputz wird auf 53 Bauten 20 ₰ pro Meter, auf 2 Bauten 19½ ₰, auf 37 Bauten 19 ₰, auf 3 Bauten 18—18½ ₰ bezahlt. Die Arbeitszeit beträgt auf 127 Bauten 9 Stunden und auf einem Bau im Grunewald, wo Potsdamer Putzer bei einem Stundenlohn von 50 ₰ beschäftigt sind, 10 Stunden. 10 Bauten werden von Zwischenunternehmern, den sogenannten Putzmeistern, die Rüstungen liefern und Ratenzahlungen abmachen, ausgeführt. Bauten, die für die nächste Zeit für die Putzer Arbeit bieten, wurden 102 gezählt. Bei dieser Baukontrole wurde gleichzeitig eine Umfrage über die Löhne der Putzerträger gehalten und dabei festgestellt, daß fast überall ℳ 36 und auf einzelnen Bauten ℳ 39 von den Innenputzern bezahlt werden. Bei den Fassadenputzern beträgt der Lohn für die Träger ℳ 33—36 und nur in einem Falle ℳ 30. Die Einnahmen der Lohnkommission betrugen in den verflossenen 4 Wochen insgesammt ℳ 1892. Karten sind von der Kommission 1030 an 668 organisirte und 362 unorganisirte Putzer ausgegeben, wovon sich aber nur durchschnittlich pro Woche za. 700 an den Zahlungen regelrecht betheiligen. Unter Denen, die Karten erhalten haben, aber keine Zahlungen leisten, sind die Innen- und Fassadenputzer in fast gleicher Zahl vertreten. Wie noch ausgeführt wurde, seien zur Zeit in Berlin kaum mehr wie 1400 Putzer vorhanden. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern über die fortwährenden Preisdrückereien geklagt, das unsolidarische Verhalten der indifferenten Putzer kritisirt und gewünscht, daß unter allen Umständen der festgesetzte Lohn von ℳ 7 pro Tag aufrecht erhalten wird. Nach einem von der Lohnkommission aufgestellten Regulativ wird für die nächste Zeit bei der Lohnbewegung der Putzer folgendermaßen verfahren werden: Auf allen Bauten soll versucht werden, auf friedlichem Wege eine Aufbesserung des Preises zu erzielen. Scheitert der friedliche Versuch, so soll unverzüglich eingeschritten werden. Wo festgestellt wird, daß die gezahlten Preise dem Tarife nicht entsprechen, soll der Aufforderung der Kontrole zu einem Vorgehen zwecks Erhöhung des Preises Folge geleistet werden. Auf allen Bauten, wo eine Lohnerhöhung von den Putzerträgern gefordert wird, soll auch von den Putzern eine Erhöhung des Preises im Vertrage von den Unternehmern verlangt werden. Alle derartigen Fälle sind der Lohnkommission sofort zu melden. Die von einer Bausperre betroffenen Putzer werden nach dem vorjährigen Beschluß mit ℳ 4 täglich unterstützt, haben jedoch die Pflicht, den Zuzug durch eine wirksame Kontrole fern zu halten. Die in Arbeit stehenden Kollegen haben nach dem Beschluß der letzten Versammlung einen Wochenbeitrag von 50 ₰ zu zahlen und sind verpflichtet, auf den Bauten die Karten selbst zu kontrolliren.

Die **Berliner** Rabitzputzer beschlossen in einer Versammlung am 2. Mai, die Sperre über die Firma Liebig, Bau Lindenstr. 102, aufrecht zu erhalten und die Ausständigen pro Mann und Tag mit ℳ 3 zu unterstützen. Mitgetheilt wurde, daß der Unternehmer, der den Streikenden zuerst versprochen hatte, 70 ₰ zu zahlen, jetzt selbst tüchtig mitarbeite, um etwas Arbeit fertig zu bringen. Sodann wurde ein Antrag, wonach die Entscheidung über Ausstände, an denen bis zu 10 Mann betheiligt sind, dem Vorstande zu überlassen sei, einstimmig angenommen. Ferner wurde bestimmt, daß sich jedes Mitglied, zwei Tage nachdem es in Arbeit getreten, bei Strafe von 25 ₰ im Arbeitsnachweis abzumelden habe.

Am 29. April fand in **Brechenheim**, bei Heinrich Schneider, eine gut besuchte Maurerversammlung statt, in welcher Kollege Lorenz-Hamburg über den „Posadowsky'schen Streikerlaß und die bevorstehenden Reichstagswahlen" referirte. Redner führte den Anwesenden in eindringlicher Rede die Bestrebungen der herrschenden Klasse vor Augen und spornte alle wahlberechtigten Kollegen an, ihrer Ueberzeugung und Erkenntniß dadurch Ausdruck zu geben, daß sie am Wahltage einen sozialdemokratischen Stimmzettel in die Urne legen. Auch die Kollegen, welche noch nicht wählen dürfen, sollen sich energisch an der Agitation betheiligen. Unter der Wahlbewegung soll aber die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung nicht leiden, sondern allüberall sollen die organisirten Kollegen stets hervorheben, daß die gewerkschaftliche Organisation in erster Linie nothwendig ist, die Mitstände zu beseitigen. Dann wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Kollegen von Mainz und Umgegend an dem Ausflug, welcher am 16. Mai vom Münsterplatz aus stattfindet, recht zahlreich betheiligen möchten.

In **Essen** fand am 24. April eine von über 400 Kollegen besuchte Maurerversammlung statt. Kollege Kohns führte zunächst aus, daß ein großer Theil der Maurer nun die Kündigung eingereicht habe, die bis jetzt noch Zurückstehenden würden wohl in den nächsten Tagen folgen. Von verschiedenen Parlieren wurde der Versuch gemacht, die Maurer durch Regalirung mit Schnaps zu außerordentlichen Anstrengungen zu veranlassen, man solle sich durch solche Machinationen nicht fangen lassen; diejenigen, welche durch besondere Leistungen in den letzten Tagen noch Bauten fertigstellten, schnitten sich in's eigene Fleisch. Kollege Müller machte die Verputzer, die durch Kontrakte gebunden sind, darauf aufmerksam, daß sie die Bewegung der Kollegen unbeschadet ihrer kontraktlichen Verpflichtungen dadurch fördern könnten, indem sie sich entschieden weigerten, Fachwände 2c. auszuführen, weiter aber auch, indem sie die etwa Ausstehenden materiell unterstützten. Dann nahm Kollege Bömelburg das Wort zu einem längeren Vortrage: Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß sich die Essener Kollegen einmal energisch an die Vertretung ihrer Interessen geben. Die Unternehmer, deren Vorgehen mir unbegreiflich ist, glaubten augenscheinlich, daß man es diesmal auch nicht wagen werde, den provozirten Kampf aufzunehmen. Anstatt mit den Maurern in Verhandlungen zu treten, hat man in brutalem Uebermuth die Löhne noch reduzirt. Die Forderung von 45 ₰ Stundenlohn ist eine ganz bescheidene. Selbst bei 45 ₰ Lohn kann der Arbeiter allen seinen Verpflichtungen nicht nachkommen. Um allen Ansprüchen, die Familie, Staat und Kommune an den Arbeiter stellen, nachkommen zu können, ist wenigstens ein Lohn von 60 ₰ erforderlich. Man frage alle jene Beamten, die ein Einkommen von ℳ 1800 bis ℳ 3000 haben, ob sie damit hinreichend ihre Bedürfnisse befriedigen können? Nehmen wir nun an, der Maurer verdient pro Tag ℳ 5, das ist bei 300 Arbeitstagen ein Jahreseinkommen von ℳ 1500. Wie viele von Euch können aber im Jahre 300 Tage arbeiten? Ist das Einkommen aber noch niedriger als ℳ 1500, dann ist es einem Familienvater nicht möglich, sich und seine Familie so, wie unbedingt nothwendig, zu ernähren. Die Unterernährung hat aber das physische, moralische und damit auch das geistige Verkommen eines Volkes im Gefolge. Wer gegen Erhöhung der Arbeiterlöhne ist, schädigt das Gemeinwesen, es sind die wahren Reichsfeinde! Diejenigen aber, die durch Eintreten für bessere Arbeitsbedingungen das Heranwachsen eines kräftigen, moralischen Volkes ermöglichen wollen, sind die wirklichen Patrioten. Da bei den heutigen Löhnen die Maurer ihre Familie und sich selbst nicht ausreichend ernähren können, so ist es ihre moralische Pflicht, für bessere Arbeitsbedingungen einzutreten. Unterlassen sie dies, so werden ihre Nachkommen als Ankläger gegen sie auftreten. Dies gilt auch für Diejenigen, welche nur zur Zeit der Saison nach den Städten kommen, aber während der Wintermonate auf dem Lande, wo sie vielleicht ein kleines Eigenthum haben, weilen. In sehr vielen Fällen verdienen sie aber nicht so viel, daß ihre Familie für die Zeit der Saison davon leben kann. Ist kein entsprechendes Grundeigenthum da, dann muß die Frau, während der Mann in der Stadt arbeitet, bei größeren Grundbesitzern in Dienst gehen. Daß bei solchen Verhältnissen von Kindererziehung keine Rede sein kann, wird doch wohl kein Mensch abstreiten. Wollt Ihr aber erfolgreich in der Vertretung Eurer Interessen sein, dann ist es nothwendig, daß Ihr Euch im stärksten Bunde vereinigt. Stellt Ihr den Unternehmern eine starke Organisation gegenüber, dann werden sich diese in der Hoffnung, Euch immerfort in willenloser Abhängigkeit halten zu können, verrechnet haben. Halten Alle fest zusammen, dann wird der Sieg auf unserer Seite sein. (Stürmischer Beifall.) Zu den von öfteren Beifallszustimmungen unterbrochenen Ausführungen wurde eine Diskussion nicht beliebt, nachfolgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: Die heutige, von über 400 Personen besuchte öffentliche Maurerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden; sie erkennt an, daß die Arbeiter als Staatsbürger und Familienväter verpflichtet sind, für bessere Arbeitsbedingungen mit aller Kraft einzutreten. Bei den heutigen Verhältnissen sind die Maurer Essens nicht in der Lage, für sich selbst und ihre Familie die nothwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen, ebensowenig ihren Verpflichtungen gegen Staat und Gemeinde nachzukommen. Die Versammlung verspricht, unter allen Umständen an den gestellten Forderungen festzuhalten, nicht eher ein anderes Arbeitsverhältniß einzugehen, bis das Streikcomité mit den Unternehmern verhandelt und ein günstiges Resultat erzielt hat. Kollege Kohns machte dann noch die Mittheilung, daß in letzter Stadtverordnetensitzung bemerkt worden sei, wegen der erhöhten Preise für Materialien und der gestiegenen Arbeitslöhne habe man den Kostenanschlag, betreffs der neuen Schule in der Wächtlerstraße, überschreiten müssen. Es sei aber den Kollegen, die es doch mindestens müssen müßten, von einer Lohnerhöhung nichts bekannt und wäre zu hoffen, daß in nächster Stadtverordnetensitzung nähere Aufschlüsse darüber gegeben würden. Darauf wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Maurerbewegung Deutschlands geschlossen.

Am 3. Mai hielt die Zahlstelle **Frankfurt a. M.** eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Herborn referirte über die Lohnbewegung der Steinmetzen und Zimmerer Frankfurts. Folgender Antrag wurde angenommen: „Die heutige, sehr stark besuchte Versammlung der Maurer erklärt sich mit den Steinmetzen sowie Zimmerern solidarisch und verpflichtet sich, die kämpfenden Kameraden moralisch sowie finanziell zu unterstützen." Mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

In **Gera** tagte am 26. April im „Goldenen Adler" eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung, in welcher Kollege Koch-Gr. Ottersleben einen lehrreichen Vortrag hielt über: „Die Organisation der Arbeiter und die Versuche, dieselbe zu vernichten". Nachdem Redner die Nothwendigkeit des Koalitionsrechts eingehend begründet und die Bestrebungen der herrschenden Gesellschaft, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu stehlen, in der schärfsten Weise kritisirt hatte, ermahnte er alle fernstehenden Kollegen, sich der Organisation anzuschließen, um Mann für Mann, Schulter an Schulter zu kämpfen gegen das Unternehmerthum, gegen die Geldsackvertreter in den Parlamenten. Zum Schluß ermahnte Redner jeden einzelnen Kollegen, welches wahlberechtigt sei, sich an der Reichstagswahl zu betheiligen und seine Stimme nur einem sozialdemokratischen Kandidaten zu geben. Großer Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen zu theil.

In **Greiz** fand am Donnerstag, 28. April, eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Koch aus Groß-Ottersleben referirte in einem ziemlich zwei Stunden langen Vortrage über den Posadowsky'schen Streikerlaß und den baugewerblichen Arbeiterschutz und die bevorstehenden Reichstagswahlen in sachlicher und eingehender Weise. Redner führte u. A. aus, daß die Arbeitskraft aus Fleisch und Blut in Stahl und Eisen übersetzt worden sei, daß der Unternehmer seine Maschinen oder Wirkstühle besser als die Menschenkraft schone, ihnen bessere Behandlung zu Theil werden läßt als letzterer, daß auch die Maschinen im Baugewerbe einen großen Einfluß ausüben. Als einen großen Mißstand bezeichnete er es, daß in Greiz und Umgegend noch Frauen auf Bauten beschäftigt würden, was doch der Sitte und Moral nicht entspreche. Aber das Unternehmerthum frage hier nicht darnach, sondern nur nach dem Profit. Die Maurer müßten große Paläste bauen für die herrschenden Klassen, während sie selbst in kärglichen Löchern wohnen. Es sei erwiesen, daß ein großer Theil Maurer nicht einmal ℳ 700 verdiene. Der Winter sei ein Schmerzenskind für den Maurer usw. In klarer Weise zerlegte er den Posadowsky'schen Streikerlaß; auch das Submissionswesen wurde scharf gegeißelt. Hierauf ermahnte Koch alle Kollegen, am 16. Juni ihr Reichstagswahlrecht auszuüben. Lange anhaltender Beifall belohnte den Redner. Sodann wurde eine Lohnkommission gewählt. Die Diskussion ergab, daß die Maurer von Greiz und Umgegend ihre vorjährige Forderung, 35 ₰ Durchschnittslohn und zehnstündige Arbeitszeit und Anerkennung der Organisation, hochzuhalten gewillt, sind.

Am Dienstag, den 20. April, tagte in **Grünberg** eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung, welche von 120 Personen (Maurer und Zimmerer) besucht war. Kollege Eckstein referirte über: „Das Koalitionsrecht und der Erlaß des Grafen Posadowsky, Mißstände im Baugewerbe und die bevorstehenden Reichstagswahlen." Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion gelangte dann noch die allzu große Lauheit der Kollegen für die Organisation zur Sprache. Um 11½ Uhr wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Am 28. April tagte in **Guben** eine öffentliche Versammlung der Maurer Gubens und Umgegend, in welcher Kollege Eckstein referirte. Die Versammlung nahm eine dem Referat entsprechende Resolution an. Dann wurde eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission gewählt, welche den Meistern die Forderungen der Maurer, vom 1. Juni 1898 ab den bisherigen Stundenlohn von 30 ₰ auf 35 ₰ zu erhöhen, sowie die Gewährung eines Stundenlohnes von 45 ₰ für Ueberstunden, sowie für Sonntags- und Landarbeiten, vortragen soll. Auch sollen die Meister Wassergefäße, Spaten und Stemmzeuge liefern.

In **Giessen** fand am 20. April eine öffentliche Maurerversammlung statt, die zur Gründung einer Zahlstelle des Ver-

Thorn. Es wurde mehr als im Vorjahre gebaut, und zwar Privatbauten, theils auf Bestellung, theils auf Spekulation. Die öffentlichen Arbeiten werden durch öffentliche und seltener durch beschränkte Ausschreibungen an Alle vergeben, bei sehr starker Unterbietung. Die Miethspreise fallen, die Bauaussichten sind noch nicht zu übersehen.

Trier. Die Bauthätigkeit war größer als im Vorjahre und erstreckte sich auf fiskalische und Privatbauten. Die öffentlichen Arbeiten werden durch öffentliche und beschränkte Ausschreibungen verschiedentlich an Nichtfachleute vergeben, bei starker Unterbietung, z. B. bei dem Neubau der städtischen Infanteriekaserne bei Vergebung der Erdarbeiten bis zu dreißig Prozent. Die Miethspreise halten sich noch. Die Bauaussichten sind günstig für hiesige Verhältnisse.

Wismar. Die Bauthätigkeit war geringer als im Vorjahre und erstreckte sich auf Wohnhäuser und auf ein städtisches Wasserwerk. Privatbauten auf Spekulation überwogen. Die öffentlichen Arbeiten werden durch beschränkte Ausschreibungen an die Baugewerksmeister vergeben. Die Miethspreise fallen. Die Bauaussichten sind für dieses Jahr nicht besonders.

Wurzen i. S. Die Bauthätigkeit war in Betreff der Privatbauten geringer als im Vorjahre, dagegen wurden mehr Industriebauten für Fabriken und Ziegeleien gebaut. Die öffentlichen Arbeiten werden durch beschränkte Ausschreibungen vergeben. Die Miethspreise sind in den letzten Jahren etwas herabgedrückt, jetzt scheinen dieselben etwas besser zu werden. Die Bauaussichten sind für Industriebauten wieder recht günstig, Wohnhausbauten sind für unseren Arbeitskreis wiederum wenig in Aussicht.

Zwickau i. S. Im verflossenen Jahre ist verhältnißmäßig mehr gebaut worden als im Jahre 1896. Zum größten Theile waren es Bauten zu gewerblichen Anlagen. Die Privatbauthätigkeit war sehr gering, ebenso die Spekulationsbauthätigkeit. Die Bauten wurden zum größten Theile durch beschränkte Ausschreibung vergeben, an welcher sich nur geprüfte Baugewerksmeister betheiligen durften. Bei den Behörden werden nur geprüfte Baugewerksmeister zur Preisabgabe zugelassen. Bei verschiedenen Bauten waren die Preisunterschiede in den Angeboten sehr große und sind die niedrigen Angebote von den Behörden und der Stadtbauverwaltung zum Theil nicht berücksichtigt, sondern die Bauten den mittleren oder den nächstbilligsten übertragen worden. Die Meisterschaft hat auf Ansuchen der Arbeiter den Stundenlohn durchschnittlich um 2 ₰, auch 3 ₰ erhöht. Von den Arbeitern wird die zehnstündige Arbeitszeit gewünscht, diese ist aber nicht genehmigt worden. Bis jetzt sind noch wenig Bauaussichten. Augenblicklich sind die Miethspreise im Steigen begriffen. Voraussichtlich wird eine größere Bauthätigkeit im Westen von Zwickau sich entfalten, wo ein größeres Hüttenwerk (Maximilianshütte) vergangenes Jahr erbaut worden ist. Auch soll die Lutherkirche in diesem Jahre begonnen werden.

Lohnbewegungen und Streiks.

Maurer.

Der Streik in Burg bietet dasselbe Bild wie in der vorigen Woche: Die Unternehmer beharren halsstarrig auf ihrem ablehnenden Standpunkt und die Gesellen halten an ihren Forderungen fest. Zuzug hat nicht stattgefunden, dagegen hat sich die Zahl der Streikenden wieder verringert, da wiederum Einige abgereist sind. Um der Einwohnerschaft Burgs Gelegenheit zu geben, sich über den Streik zu äußern, hatte die Streikkommission eine öffentliche Versammlung einberufen und zu dieser besonders die Hauseigenthümer eingeladen. Dieser Einladung war denn auch zahlreich Folge gegeben. An dem einleitenden Referat des Kollegen Paßwaldt, der besonders die Gründe darlegte, welche zu dem Streik geführt hatten, schloß sich ein lebhafter Meinungsaustausch, an welchem sich u. A. betheiligten die Herren Kaufmann C. Gaertner, Rentier Friedrich Voigt, Handschuhfabrikant Legerloß, Tischler Eicke und Stadtrath von Auw. Herr Gaertner wünschte u. A. im Namen der Gewerbetreibenden, mit Rücksicht auf den Geschäftsgang, die Steuerverhältnisse und das Familienleben der Streikenden, daß eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern so bald wie möglich erzielt und der auch auf die übrigen Bauhandwerker bereits lähmend wirkende Streik beendet würde. Herr von Auw hob hervor, daß es wohl im Interesse beider Theile gelegen, wenn man das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen hätte. Von verschiedenen Seiten bedauerte man lebhaft, daß nicht ein Vertreter der Maurermeister zugegen war. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde aus dem Kreise der anwesenden Hausbesitzer eine Kommission, bestehend aus den Herren Rentier Friedrich Voigt, Stadtrath von Auw, Kaufmann C. Gaertner, Bürstenmachermeister Franke und Bäckermeister Stiele, gewählt, welche sich zwecks Anbahnung von Vergleichsverhandlungen mit den Maurermeistern in Verbindung setzen soll. Ob die Bürgerkommission mit ihrem Bemühen, die Meister umzustimmen, Glück haben wird, wir bezweifeln es, dazu kennen wir unsere Meister zu gut. Immerhin verdient der gute Wille Anerkennung. Die Unternehmer hatten arbeitswillige Italiener angeworben, doch dampften diese, als sie den Sachverhalt erfuhren, wieder ab.

In Teterow ist es den Unternehmern endlich nach dieser Mühe und Aufwendung bedeutender Geldmittel gelungen, ganze zwölf Italiener anzuwerben. Die Haltung und Kampfesmuthigkeit der Streikenden ist durch diesen Umstand jedoch keineswegs erschüttert, wissen sie doch ganz gut, daß die Unternehmer auf die Dauer die hohen Summen, welche ihnen diese fremden Arbeitskräfte kosten, nicht auszugeben vermögen, wenn sie nicht ihrem wirthschaftlichen Ruin entgegen gehen wollen. Von den 238 vor dem Streik am Orte beschäftigt gewesenen Gesellen und Parlieren arbeiten bei 2 Unternehmern, welche die Forderung bewilligt haben, 48, zu Streikbrechern sind 12 geworden, 156 sind abgereist und 22 verheirathete Kollegen befinden sich noch am Orte.

In Lübbenau traten die Kollegen am 2. Mai in den Ausstand. Die Forderung beträgt zehnstündige Arbeitszeit und eine angemessene Lohnerhöhung. 40 Gesellen und 4 Parliere arbeiteten vor dem Streik am Orte und haben diese auch einmüthig die Arbeit niedergelegt. Sieben davon sind bereits abgereist.

Am 4. Mai legten die Kollegen in Kolberg ebenfalls die Arbeit nieder. Der allgemeine Streik dauerte jedoch nicht lange, er wurde bielmehr am selben Tage noch aufgehoben, da die Meister die Forderungen, 40 ₰ Minimallohn, zehnstündige Arbeitszeit und noch einige Nebenforderungen, bewilligten. Nur der Unternehmer Woschke hielt es nicht für nöthig, mit der Streikkommission zu verhandeln und sind infolgedessen seine Bauten gesperrt. Auch über die Bauten des Kreisbaumeisters Busch und des Baugeschäfts Richter ist die Sperre verhängt, weil diese ihre Parliere, die Mitglieder der Streikkommission waren, maßregelten. Zuzug ist deshalb noch fern zu halten.

Aus Pyritz ist Neues über den Stand der Aussperrung nicht zu berichten. Von den bisher noch am Orte anwesenden Kollegen, wovon 9 arbeiten, haben in der letzten Woche noch 6 den Ort verlassen, so daß nur noch 4 Streikende vorhanden sind.

Die in der Fremde weilenden Kollegen werden durch ihre Streikleitung ersucht, vorläufig noch nicht nach der Heimath zurück zu kehren, sondern auszuharren, bis der Sieg erkämpft sein wird.

In Lengo befinden sich noch 9 Kollegen im Streik. Der Streik scheint verloren zu sein, denn es arbeiten zu den alten Bedingungen 37, während nur 16 die Arbeit zu den neuen Bedingungen aufnehmen konnten.

In Alt-Damm verweigern die Unternehmer noch immer jede Unterhandlung, trotzdem die Bauherren darauf drängen, daß ihre Arbeiten fertig gestellt werden. Einer der Arbeitswilligen hat die Arbeit wieder eingestellt.

Der Stand des Streiks (richtiger Aussperrung) in **Nordhausen** ist folgender: Zuzug von außerhalb hat nicht stattgefunden. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 26 Kollegen, und 2 Arbeitswillige sind zu verzeichnen. Die Innungsmeister verhalten sich noch ablehnend. Drei kleine Unternehmer haben bewilligt und einige Kollegen eingestellt; ein Meister hat ebenfalls die Forderung anerkannt.

In Naumburg ist in der abgelaufenen Woche eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Am Sonntag sind 30 Italiener abgereist. Ein Unternehmer hat versprochen, die zehnstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 33—34 ₰ zu bewilligen.

In Querfurt hat ein Unternehmer die Forderung bewilligt. Dieser hat sich auch mit einem Parlier eines der maßgebendsten Meister zu einem Kompagnielegeschäft verbunden und hat gleich wieder Streikende eingestellt; in einigen Tagen wird er noch 10—15 Kollegen in Arbeit nehmen. Da nun dieser bisherige Parlier bis jetzt immer auf Seite der Gesellen gestanden, so steht zu erwarten, daß der Streik bald eine günstige Wendung für die Gesellen nimmt. Nachträglich wird noch gemeldet, daß die Unternehmer einen Höchstlohn von 28 ₰, für Junggesellen und ältere Maurer 26 ₰ bewilligen wollen. Sie knüpfen aber daran die Bedingung, daß die Gesellen sich verpflichten sollen, während der Dauer von zwei Jahren neue Forderungen nicht zu stellen. Die zehnstündige Arbeitszeit halten die Unternehmer bereits früher zugestanden.

In Eisenach befinden sich noch 189 verheirathete und 82 ledige Kollegen im Ausstande. Von 16 am Orte anwesenden Unternehmern haben 6 bewilligt und beschäftigen 69 Kollegen. Zu den alten Bedingungen arbeiten 87 und 7 sind im Laufe der Woche abgereist.

Am 2. Mai kam es in **Neusalz** ebenfalls zu einer fast die ganze Maurerschaft umfassenden Arbeitseinstellung; von 165 am Orte anwesenden Maurern legten nur 9 die Arbeit nicht nieder. Die Forderung hält sich in sehr bescheidenen Grenzen: nur eine Lohnaufbesserung von 28 auf 30 ₰, also eine Zulage von 2 ₰ pro Stunde, haben die Kollegen von ihren Meistern erbeten. Daher kommt es auch wohl, daß die lokale Presse sich den Streikenden gegenüber sympathisch verhält und nicht, wie es sonst allgemein üblich, auf die Begehrlichkeit und Unverschämtheit der Arbeiter schimpft. Ein Unternehmer von fünf Bauten hat die Forderung bewilligt. Bei dem guten Geist und der festen Entschlossenheit der Kollegen und der lächerlichen Geringfügigkeit der Forderung steht zu erwarten, daß auch die übrigen vier Unternehmer sich dem guten Beispiel ihres Kollegen bald anschließen werden, so daß ein baldiger Sieg der Streikenden in Aussicht steht.

Auch in **Heegermühle** kam es am 2. Mai zu einer Arbeitseinstellung. Die Forderung beträgt: Zehnstündige Arbeitszeit und 40 ₰ Minimalstundenlohn. Die Arbeitsniederlegung war eine allgemeine: von 79 blieben nur 9 bei der Arbeit. Bei drei Unternehmern, die die Forderung bewilligten, arbeiten 14 Kollegen, fünf Unternehmer bewilligten nicht. Sechs Kollegen reisten ab und 26 verheirathete und 32 ledige Kollegen befinden sich im Streik.

Aus Sonnenburg wird mitgetheilt, daß der Streik vorläufig als beendet anzusehen ist. Von den 25 am Orte vor dem Streik beschäftigt gewesenen Kollegen haben 11 die Forderung von zwei Meistern bewilligt erhalten, 7 arbeiten bei drei Meistern, die die Forderung nicht bewilligten und die Uebrigen sind abgereist. Der Zuzug ist noch fernzuhalten, da der Streik bei passender Gelegenheit wieder aufgenommen werden soll.

Aus Magdeburg sind uns über den Stand der Aussperrung nur spärliche Mittheilungen zugegangen. Nach Angabe der Meister wurden vor der Aussperrung in 60 Geschäften 1851 Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter beschäftigt. Davon legten am 26. April d. J. 382 Zimmerer die Arbeit nieder. Ausgesperrt wurden am 30. April 776 Maurer, 617 Bauarbeiter, so daß sich von den bei der Beginn des Zimmererstreiks beschäftigten 1851 Personen 1775 im Ausstande befinden; 76 Personen, Kutscher, Heizer 2c. werden weiter beschäftigt. Die Parliere und Lehrlinge sind in diese Zahlen nicht mit einbegriffen. Nach den Feststellungen unserer Kollegen ist die Zahl der ausgesperrten Maurer etwas höher, als sie von den Meistern angegeben wird, sie beträgt nämlich 815. In Arbeit blieben 316 und 70 von den Ausgesperrten sind abgereist.

Am 3. Mai wurde über die Bauten des Unternehmers Hanitzsch in **Potsdam** die Sperre verhängt, weil er einige Kollegen ohne Grund entlassen hatte. Nachdem der Unternehmer einige Tage vergeblich auf der Suche nach Maurern gewesen, sah er sich genöthigt, nicht nur allein die entlassenen Kollegen wieder einzustellen, sondern auch die Forderung der Gesellen bezüglich des Lohnes und der Arbeitszeit schriftlich anzuerkennen.

In Brandenburg sind am Sonnabend, den 7. Mai, sämmtliche Maurer von der Arbeit ausgesperrt worden. Die Meister haben sich bei diesem Gewaltakt ihre Magdeburger Kollegen zum Muster genommen. Die Zimmerer befanden sich nämlich auch hier im Streik, um sich die ihnen bereits zugesagte aber nicht erfolgte Gleichstellung im Lohne mit den Maurern zu erkämpfen. Darauf beschloß der Bund der vereinigten Arbeitgeber der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zu Brandenburg a. h. H. (Schrecklicher Name! D. Red.):

„Falls die streikenden Zimmerer die Arbeit am Sonnabend, den 7. Mai, Morgens 6 Uhr, nicht wieder aufgenommen haben, sind die Arbeitgeber gezwungen, auch die Arbeiten für Maurer und Bauarbeiter am Abend desselben Tages auf sämmtlichen Arbeitsstellen der Mitglieder niederzulegen. Die Bundesmitglieder verpflichten sich, die Zimmerer im Lohnsatze den Maurern gleichzustellen, soweit dies noch nicht geschehen sein sollte."

Wie groß die Zahl der Ausgesperrten ist, wurde uns bisher noch nicht mitgetheilt.

Zu einer allgemeinen Arbeitseinstellung ist es am 2. Mai auch in **Essen a. d. R.** gekommen. Die Forderung der Gesellen richtet sich auf die Bewilligung der zehneinhalbstündigen Arbeitszeit und eines Minimalstundenlohnes von 45 ₰. Der Stand des Streiks war am Ende der vorigen Woche ein recht günstiger. Bei 65 Unternehmern waren vor Beginn des Streiks za. 700 Gesellen und 88 Parliere beschäftigt, davon blieben zu den alten Bedingungen in Arbeit 123 und 5 arbeiteten zu den neuen Bedingungen. Unter den 123 in Arbeit Gebliebenen befinden sich höchst wahrscheinlich mehrere Lehrlinge und Handlanger, da man diese nur in ihren Leistungen von den wirklichen Maurern unterscheiden kann. Abgereist waren am Schlusse der Woche 331 Kollegen und 109 Verheirathete und 111 Ledige befanden sich noch im Streik. Wenn die Kollegen nur zusammenhalten, dann wird ihnen ihre Forderung wohl bewilligt werden müssen, da recht viel und recht dringende Arbeit am Orte vorhanden ist; fünf Unternehmer hatten schon in der vorigen Woche ihre Bewilligung zugesagt, nur wünschten sie, daß die wöchentliche Lohnauszahlung in Wegfall komme. Da die Streikenden darauf verzichten, so wird wohl im Anfange dieser Woche eine Vereinbarung mit diesen Unternehmern erzielt sein.

Die Maurer **Braunschweigs** befinden sich seit 14 Tagen im Streik. Von 700 dort beschäftigten Maurern legten 523 die Arbeit nieder, 143 reisten sofort ab; zu den neuen Bedingungen arbeiten 107. Die Forderungen der Gesellen sind im Wesentlichen: 45 ₰ Stundenlohn, für Junggesellen, die noch nicht zwei Jahre Geselle sind, 42 ₰; Abschaffung der Akkordarbeit; für Putzarbeiten 2c. 55 ₰ Stundenlohn. Die Unternehmer wollen nur 42 ₰ und weniger zahlen.

Bis zum 4. Mai waren bei der Streikkommission 529 Maurer zum Streik angemeldet, davon 367 Verheirathete mit 488 Kindern und 162 Ledige. 77 Maurer arbeiten zu den neuen Bedingungen. Abgereist sind bis zum 4. Mai 72 Verheirathete und 86 Ledige. Arbeitswillige sind 147 vorhanden.

Die Sperre über die Bauten des Unternehmers Holzgrebe in **Dömitz** besteht noch fort. Zwei der ausgesperrten Kollegen sind noch außer Arbeit. Zuzug ist daher fern zu halten.

In Neumünster wurde am Montag, den 9. Mai, mit 108 gegen 61 Stimmen der Streik beschlossen. Gefordert wird neunstündige Arbeitszeit und 50 ₰ Stundenlohn.

In München drohen die Unternehmer des gesammten Baugewerbes seit einigen Wochen mit der Aussperrung sämmtlicher Bauhandwerker. Ursache der Drohungen ist der Schreinerstreik, welcher die Erringung der 9½stündigen Arbeitszeit bezwecken soll. Der Ausschuß des „Arbeitgeberverbandes des Baugewerbes" hat, da eine Einigung zwischen den Streikenden und Unternehmern nicht zu Stande kam, zum Montag, 9. Mai, eine Generalversammlung des Verbandes einberufen, um zu der Generalaussperre Stellung zu nehmen. In einer am 6. Mai stattgehabten Versammlung der Schlossermeister wurde schon davon gesprochen, daß die Bau- und Maurermeister wahrscheinlich am Montag aussperren würden.

„Einen Akt der Nothwehr gegen den Uebermuth der Arbeiter und ihrer Führer" haben die gequälten Bauhandwerksmeister in **Stuttgart** begangen. Sie haben eine Organisation gegründet, der sofort 74 Meister „mit zusammen 3800 Arbeitern" beigetreten sind. Die zur unbedingten Einhaltung der Vereinsbeschlüsse in Form von Solawechseln unterzeichneten und hinterlegten Kautionen belaufen sich auf zirka ℳ 250 000. Der Vorsitzende begründete die neu geschaffene Organisation als „einen Akt der Nothwehr gegen den Uebermuth der Arbeiter und ihrer Führer"; er dankte den Verbandsmitgliedern dafür, daß sie alle Bedenken und Rücksichten bei Seite gesetzt und eine höchst anerkennenswerthe Solidarität an den Tag gelegt hätten, die zu den schönsten Hoffnungen berechtige. Redner schloß mit dem Wunsche, daß die nunmehr vollzogene Organisation immer mehr erstarken und auch weiteren Kreisen des bedrängten Bauhandwerks zum Schutze und zur Ehre gereichen möge.

Die Forderungen der Maurer und Zimmerer wurden dann von dem neuen Bund der Unternehmer abgelehnt. Auch die vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts formulirten Vermittelungsvorschläge fanden keine Gnade vor den Augen der Herren Baugewerksmeister. Diese Vorschläge lauten: 1. Für Gesellen ein Minimallohn von 35 ₰ (abgelehnt). 2. Einführung der neueinhalbstündigen Arbeitszeit vom 1. März 1899 ab (abgelehnt). 3. Genehmigung der achttägigen Lohnzahlung, aber Auszahlung nach Beendigung der Arbeitszeit (abgelehnt). Einige Kleinigkeiten dagegen wurden bewilligt.

Für die 3800 Bauarbeiter wäre es natürlich ein Leichtes, ihre Forderungen durchzusetzen, wenn sie so einig wären wie die 74 Unternehmer. So stark werden ja die Unternehmer durch ihre Organisation nicht geworden sein, daß sie nun die Bauten allein, ohne Mithülfe der Arbeiter, fertig stellen können. Mögen die Bauarbeiter eingedenk werden, daß sie es sind, die den Unternehmern die Reichthümer — auch die ℳ 250 000 zur Streikbekämpfung — erworben haben.

Stukkateure.

Aus **Nürnberg** berichtet die „Münchener Post": In einer Stukkateurversammlung wurde beschlossen, die Sperre bis auf Weiteres aufrecht zu erhalten. Zuzug ist daher auch fernerhin zu vermeiden. Der Meisterinnung wurde mitgetheilt, daß die Sperre so lange dauern solle, bis die 9½stündige Arbeitszeit bewilligt sei. Die Meister antworteten, daß sämmtliche Innungsmeister von Nürnberg und Fürth ihre Geschäfte schließen, wenn die über Nürnberg verhängte Sperre nicht bis spätestens 9. Mai aufgehoben wird.

Der Streik der Stukkateure in **Kaiserslautern** dauert fort. Einige Unternehmer wollen den Lohn um 20 ₰ pro Tag aufbessern, doch die elfstündige Arbeitszeit beibehalten wissen. Zwei Meister zahlen einen Lohn von ℳ 4,80 bis ℳ 5. Die Streikenden sind wieder alle in Arbeit, theils bei der Freien Vereinigung der Gipsermeister, theils bei Meistern, welche sich der Vereinigung nicht anschließen. Der Zuzug nach hier ist etwas besser fern zu halten, als es seither geschehen.

---

* **Aus der Schweiz.** Die Bauarbeiter in Bern stehen in der Lohnbewegung. Sie verlangen einen Minimallohn: Für Maurer 45 Rp. pro Stunde, Erdarbeiter und Handlanger

auf den Kopf des Arbeiters noch nicht auf M. 5, bei der Unfallversicherung auf M. 3,75 und bei der Altersversicherung noch nicht auf M. 4 jährlich. Das sind im Ganzen M. 12—13 Belastung, und darüber das Toben, die Verwahrung, daß man der Industrie neue Lasten auferlegen wolle. Der Arbeiter aber, dem man M. 30—40 und mehr durch die Brotvertheuerung aufhalst, soll dann die höheren Löhne ruhig zum Opfer bringen! Wir treten für die Brotzollaufhebung selbstverständlich in erster Linie im Interesse der Arbeiter ein. Wenn wir es aber thun und damit gegen das ganze heutige agrarische System kämpfen, so kämpfen wir zu gleicher Zeit für unsere ganze deutsche Industrie."

Der Regierungsvertreter, Reichsschatzsekretär v. Thielmann, gab im Auftrage des Reichskanzlers die Erklärung ab, daß derselbe **nicht** beabsichtige, eine Herabsetzung der Getreidezölle bei den verbündeten Regierungen in Anregung zu bringen. (!!!) Es handle sich nur um eine vorübergehende Theuerung, von einem Nothstande kann keine Rede sein!

Selbstverständlich nahmen die Agrarier diese Erklärung mit Jubel auf. Ihr Redner, Abgeordneter Graf v. Kanitz, sagte der Regierung Dank für ihre Haltung.

Auch die Nationalliberalen stellten sich auf Seite der Regierung, ebenso das Zentrum, während die Freisinnigen die Nothwendigkeit der Suspendirung der Getreidezölle anerkannten.

So schloß die Session mit einer Stellungnahme der Regierung und der reaktionären Parteien gegen die Volksinteressen.

Dem Volke hat die ganze Legislaturperiode nichts Gutes gebracht. Die maßgebenden Parteien haben Volksausbeutungs- und Unterdrückungs-Politik getrieben. Deshalb: Hinaus mit ihnen aus dem Reichstage! Möge am Tage der Neuwahl, am 16. Juni, das verdiente Schicksal sie ereilen! Arbeiter, Handwerker, Ihr Wähler alle, die Ihr der arbeitenden Klasse angehört, sorgt für den Sieg der Sozialdemokratie!

Die Gesellenausschüsse im neuen Innungswesen.

Zwar haben wir uns mit diesem Gegenstande schon öfter beschäftigt, doch liegt für uns mehrfacher Anlaß vor, nochmals darauf einzugehen.

Zunächst ist zu erwähnen, daß das preußische Handelsministerium jetzt Entwürfe von Innungsstatuten herausgegeben hat, nach denen wahrscheinlich die Zünftler in ganz Deutschland sich richten werden. Selbstverständlich ist darin auch die Bildung und die Thätigkeit des Gesellenausschusses berücksichtigt. Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften kommt dafür Folgendes in Betracht:

Für den Gesellenausschuß werden aus der Zahl der bei Innungsmeistern beschäftigten Gesellen drei oder fünf Mitglieder vorgeschlagen, wonach auch die Zahl der Ersatzmänner sich zu richten hat. Alle zwei Jahre scheidet die Hälfte der Mitglieder und der Ersatzmänner aus. Wie bei der ungleichen Zahl „die Hälfte" ermittelt werden soll, ist uns unerfindlich; ein Mann müßte getheilt werden! Die Ausscheidenden können wiedergewählt werden.

Das Amt gilt als ein unentgeltlich zu versehendes „Ehrenamt"; doch soll den Gesellenvertretern Ersatz für baare Auslagen und Zeitversäumniß Entschädigung werden.

Der Gesellenausschuß wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, dem der altzünftlerische Titel „Altgeselle" zugedacht ist. Dieser hat die Ausschußsitzungen einzuberufen, zu leiten und zu schließen. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt.

Wenn später die Handwerkskammern eingerichtet sein werden, so sollen die Gesellenausschüsse der Innungen einen Gesellenausschuß für jene Körperschaft wählen.

Ueber die Betheiligung der Gesellenausschüsse an der „Aufgabe der Innung" betrifft der § 95 des Gesetzes Bestimmung. Er ist zu betheiligen „bei der Regelung des Lehrlingswesens und bei der Gesellenprüfung, sowie bei der Begründung und Verwaltung aller Einrichtungen, für welche die Gesellen (Gehülfen) Beiträge entrichten oder eine besondere Mühewaltung übernehmen, oder welche zu ihrer Unterstützung bestimmt sind."

Das Normalstatut nimmt folgende nähere Ausgestaltung dieser Bestimmungen an:

Der gesammte Gesellenausschuß rückt zu den Innungsversammlungen an, wenn diese über die eben bezeichneten Gegenstände berathen und Beschluß fassen. Die Innungsversammlung besteht entweder aus allen volljährigen „Mitgliedern", oder, bei zu umfangreichen Innungen, aus „Vertretern", deren je einer für je 10, 20, 30 oder noch mehr Innungsmitglieder gewählt ist. Die Mitglieder des Gesellenausschusses sind dazu ausdrücklich einzuladen, sie haben volles Stimmrecht — was freilich bei 3—5 Gesellen gegen vielleicht alle Meister nichts heißen will. Die Ausführung von Beschlüssen der Innungsversammlung in diesen Angelegenheiten darf jedoch nur mit Zustimmung des Gesellenausschusses erfolgen; wird die Zustimmung versagt, so kann sie durch die Aufsichtsbehörde ergänzt werden. War bei der Beschlußfassung der Innungsversammlung mehr als die Hälfte der Mitglieder des Gesellenausschusses anwesend, so gilt die Zustimmung des letzteren zur Ausführung des Beschlusses als ertheilt oder als versagt, je nachdem die Mehrheit seiner Mitglieder dem Beschlusse zugestimmt hat oder nicht. Das Protokollbuch muß die Abstimmung der Mitglieder des Gesellenausschusses ergeben.

Bei Berathung und Beschlußfassung über dieselben Angelegenheiten seitens des Innungsvorstandes — nach dem Normalstatut aus einem Obermeister und vier Mitgliedern bestehend — ist der Altgeselle zuzuziehen, und zwar ist er in derselben Weise wie die Vorstandsmitglieder einzuladen und stimmberechtigt.

Zur Verwaltung der Gesellen- und Herbergs-Angelegenheiten, sowie des Arbeitsnachweises wird ein „Ausschuß für das Gesellen- und Herbergswesen" seitens der Innung errichtet. Er besteht aus dem Obermeister (oder einem vom Innungsvorstande gewählten Stellvertreter) und vier Mitgliedern. Zwei wählt die Innungsversammlung aus sich selber, zwei der Gesellenausschuß aus der Zahl derjenigen volljährigen Gesellen, welche seit mindestens drei Monaten bei Innungsmitgliedern in Arbeit stehen.

Dieselbe Zusammensetzung kehrt beim „Ausschuß für das Lehrlingswesen" wieder. Diesem liegt insbesondere ob, als Organ der Innung alle zwischen Meistern und Lehrlingen entstehenden Streitigkeiten zu entscheiden

über Antritt, Fortsetzung, Auflösung des Lehrverhältnisses, über Aushändigung oder Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses;

über die Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Lehrverhältnisse, sowie über eine in Beziehung auf dasselbe bedungene Konventionalstrafe (soweit es sich nicht um die im § 8 Absatz 2 des Gewerbegerichtsgesetzes vom 29. Juli 1890 bezeichneten Konventionalstrafen handelt);

über die Berechnung und Anrechnung der von den Lehrlingen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes zu leistenden Beiträge und Eintrittsgelder.

Die Gesellen müssen hierbei jedoch mindestens eine dreijährige Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben. In den ersten sechs Jahren können indeß auch Gesellen gewählt werden, die mindestens zwei Jahre gelernt haben. — Dieser Ausschuß hat eventuell auch die „Beauftragten" zu wählen oder zu stellen, die — ähnlich wie die Fabrikinspektoren die Fabriken — die zur Innung gehörigen Werkstätten zu kontroliren haben.

Der ministerielle Normalstatuten-Entwurf enthält keine Bestimmungen über die Theilnahme der Gesellen an der Verwaltung der Unterstützungskassen der Innung und an den Innungsschiedsgerichten. Für diese Einrichtungen müssen besondere Nebenstatuten geschaffen werden. Wahrscheinlich ist man mit dem Entwurf derselben an amtlicher Stelle noch nicht fertig.

* * *

In einer Kritik der neuen Innungseinrichtungen in Nr. 16 unseres Blattes haben wir uns, wie im Laufe der Jahre öfter schon, dahin geäußert, daß der Gesellenausschuß nur eine Dekoration des Innungswesens ist. Dieser Aeußerung fügten wir hinzu:

„Die Erfahrung lehrt, daß ein wirklich selbstständiger, die Rechte der Arbeiter wahrender Gesellenausschuß im Rahmen der Innung gar keine Existenzmöglichkeit hat. Für Unterhandlungen mit den Meistern haben die Gesellen bezw. Arbeiter sich auf ihre eigene Organisation, die vom Arbeitgeberthum völlig unabhängig ist, zu stützen. Die organisirte Arbeiterschaft wird diesen Standpunkt nicht aufgeben und keinenfalls die Hand bieten zur Gründung von „Gesellenausschüssen", die nach der Absicht der Zünftler nur dazu dienen sollen, der selbstständigen gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter entgegenzuwirken. Die bei Innungsmeistern beschäftigten Gesellen können nicht gezwungen werden, die Wahl eines Gesellenausschusses vorzunehmen. Um so mehr sollen sie energisch Front machen gegen die ihren Interessen und dem Grundsatz der Gleichberechtigung widerstreitende Zumuthung, solche Ausschüsse zu bilden. Die Unternehmerorganisation muß gezwungen werden, die selbstständige Arbeiterorganisation als gleichberechtigten Faktor anzuerkennen."

Aus dem Kreise unserer Leser sind uns nun Zuschriften gekommen, in denen allerdings diesen Ausführungen prinzipiell zugestimmt, aber zugleich die Frage angeregt wird, ob es taktisch nicht richtiger sei, daß die organisirte Arbeiterschaft bezw. Gesellenschaft sich bemüht, entscheidenden Einfluß bei Bildung des Gesellenausschusses auszuüben.

Veranlassung zu dieser Meinungsäußerung scheint folgende vom „Vorwärts" in seiner Nummer vom 20. April gemachte Bemerkung gegeben zu haben:

„Ueberall ist die Betheiligung der Gesellen eine indirekte, durch die Vermittelung des Gesellenausschusses bewirkte. Was daher bei den Wahlen zum Gesellenausschuß versäumt wird, ist auch für die Wahlen zum Herbergs- und Arbeitsnachweis-, sowie zum Lehrlingsausschuß und ebenso noch für andere Entscheidungen verloren. Ein Grund mehr für die Arbeiter, von Anfang an auf dem Posten zu sein."

Der „Vorwärts" scheint also der Ansicht zu sein, daß die Betheiligung der organisirten Arbeiter an den Gesellenausschußwahlen unbedingt nothwendig sei, und zwar im Interesse der Arbeiter. Ohne Zweifel ist seine Mahnung an die Arbeiter, „von Anfang an auf dem Posten zu sein", eine durchaus wohlgemeinte und gewiß auch überlegte. Doch dürfte des „Vorwärts" Ansicht in ihren Konsequenzen wesentlich auf Dasselbe hinauskommen, was wir gegen den Gesellenausschuß geltend gemacht haben. Es ist nicht anzunehmen, daß der „Vorwärts" sich von dieser Einrichtung nennenswerthe Vortheile für die Arbeiter verspricht. Dieselbe ist ein Versuch, — die Zünftler haben das in Reden und Zeitungsäußerungen öfter offen zugegeben — das Interesse der Gesellen dem der Innungsmeister in „rechtlicher" Form unterzuordnen; **der selbstständigen Organisation der Gesellen jeden Einfluß und jede Bedeutung für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses zu nehmen.**

Mit dieser thatsächlich bestehenden Absicht, der man auch in den „maßgebenden Kreisen" nicht abgeneigt ist, muß die organisirte Arbeiterschaft von vornherein rechnen und zwar unter allen Umständen.

Wie wenig, bezw. wie so durchaus gar keinen praktischen Werth der Gesellenausschuß für die Gesellen hat, wird durch die oben mitgetheilten Anweisungen des Normalstatuten-Entwurfs noch deutlicher erkennbar, als durch die gesetzlichen Bestimmungen selbst. Immer und in jedem Falle, wo sich's um gemeinsame Beschlußfassungen handelt, steht der Gesellenausschuß einer Majorität der Innungsmeister gegenüber. Versagt der Gesellenausschuß seine Zustimmung, so entscheidet die Aufsichtsbehörde. Daß sie in der Regel, wenigstens da, wo wichtige Interessen der Arbeitgeber in Betracht kommen, zu deren Gunsten entscheiden wird, ist doch wohl ohne Weiteres als sicher anzunehmen.

Die Erfahrungen, die seither mit den im Gesetz vorgesehenen fakultativen Gesellenausschüssen gemacht worden sind, — wir haben im Laufe der Jahre ja viele solcher Erfahrungen verzeichnet — lehren, daß die Innungsmänner einem in seinen Ansichten und Beschlüssen selbstständigen, gewissenhaft und entschieden die Interessen der Arbeiter gegenüber den Unternehmerinteressen wahrenden Gesellenausschuß durchaus **feindlich** gegenüber stehen. Wo Gesellenausschüsse dieser Art bestanden haben, da haben die Innungen sehr bald auf sie verzichtet.

Das neue Innungsgesetz, das am 1. April in Kraft getreten ist, hat u. A. ausgesprochenermaßen auch den Zweck, den Einfluß und die Macht des Innungsmeisterthums gegenüber den Gesellen zu stärken. Wer kann glauben, daß die Innungsmänner geneigt sein könnten, auf der Basis dieser neuen Organisation, die durchaus auf ihr Interesse berechnet ist, der Gesellenschaft die Gleichberechtigung in Betreff Festsetzung der Arbeitsbedingungen zuzuerkennen? Das kann Keiner glauben, der die zünftlerischen Tendenzen, den Geist, den Charakter des Zünftlerthums kennt. Die Herren und ihre Protektoren wollen, daß die Gesellenorganisation aufgeht in der zünftlerischen Organisation, daß für die Gesellen nicht ihre eigene selbstständige Organisation, sondern der einer Innungsmeistermajorität unterworfene „Gesellenausschuß" tritt.

Die der Arbeiterorganisation feindliche Tendenz des neuen Innungsgesetzes spitzt sich zu in der gesetzlichen Bestimmung, daß die Innung ein Einigungsamt errichten kann. Das Normalstatut sagt diesbezüglich:

„Entstehen zwischen den Mitgliedern der Innung und der Gesellenschaft Streitigkeiten über die Regelung des gegenseitigen Verhältnisses, namentlich über Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Lohnsätze, so soll durch gemeinsame Berathung des Innungsvorstandes und des Gesellenausschusses eine Einigung darüber versucht werden.

Keine Innung, die nicht sicher ist, einen gefügigen Gesellenausschuß zu bekommen, wird diesen Vorschlag des Normalstatuts akzeptiren für ihre Statuten. Je nach den Erfahrungen, die eine Innung mit ihrem Gesellenausschuß macht, kann sie solch eine Bestimmung in ihr Statut aufnehmen und sie wieder umformen, wenn es ihr im Unternehmerinteresse geboten erscheint.

Wir vertreten nach wie vor die Ueberzeugung, daß die Arbeiter, und ganz besonders die Handwerksgesellen, ein erhebliches Interesse an der generellen Ausgestaltung eines vom Unternehmerthum nicht abhängigen Schiedsgerichts- und Einigungswesens haben. Die Zulassung besonderer Innungs-Einigungsämter ist eine Anomalie; die allerdings den zünftlerischen Sonderinteressen, niemals aber den Interessen der Arbeiter entspricht. Die Arbeiterorganisation umfaßt alle Arbeiter, mögen sie bei Innungsmeistern oder sonstigen Unternehmern beschäftigt sein. Der Gesellenausschuß soll

aber lediglich die bei den Ersteren arbeitenden Gesellen repräsentiren.

Nach alledem läßt sich ermessen, wie durchaus zutreffend unsere früher gemachten, oben wiederholten Bemerkungen über die Stellung der Gesellen zum „Gesellenausschuß" sind. Doch nehmen wir nicht Anstand, zuzugeben, daß es hier und da Verhältnisse geben kann, die es unter taktischen Gesichtspunkten angezeigt erscheinen lassen, daß die in der gewerkschaftlichen Organisation befindlichen Gesellen bezw. die dem Zunftwesen abholden Gesellen überhaupt bestrebt sind, „Gesellenausschüsse", die ihren Grundsätzen und ihren Forderungen entsprechen, zu Stande zu bringen. Ob das angezeigt erscheint, darüber ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Aufgabe der selbstständigen Gesellenorganisation ist unter allen Umständen die **Bekämpfung des Innungswesens.** bezw. der Kampf um die Anerkennung dieser Organisation als **gleichberechtigter Faktor.** Ist diese Anerkennung vorhanden, so ist das Gesellenausschußwesen erst recht überflüssig.

Jedenfalls wird die Sache sich so entwickeln:

Kommen Gesellenausschüsse zu Stande, die als Werkzeug der Arbeitgeber funktioniren, so werden sie entschieden von den Gesellen bekämpft werden müssen. Gehen Gesellenausschüsse aus den Reihen der Organisirten, der antizünftlerischen Arbeiterschaft, hervor, so werden die Arbeitgeber sie bekämpfen und jede ehrliche Verständigung mit ihnen und durch sie unmöglich machen.

Kampf auf jeden Fall, — Kampf, den die Arbeiter unter allen Umständen führen müssen im Interesse ihrer Organisation, ihrer Selbstständigkeit, ihrer Grundsätze, die den zünftlerischen Bestrebungen nicht aufgeopfert werden dürfen!

Rundschau.

* **Die Thronrede und die Sozialpolitik.** In der Thronrede, mit der am 6. Mai der Reichstag geschlossen wurde, wird in Bezug auf die Sozialpolitik gesagt:

„In Gemeinschaft mit meinen hohen Verbündeten wird es auch ferner mein ernstliches Bestreben sein, die wirthschaftliche Entwickelung des Reiches zu fördern, insbesondere den Druck, unter welchem die Landwirthschaft die Erfolge ihrer Arbeit beeinträchtigt, sicht, mehr und mehr zu mildern, dem Gewerbefleiße, dem Handel und der Schifffahrt den Boden friedlichen Schaffens zu sichern und zu erweitern. Damit glaube ich zugleich in wirksamster Weise für die Erwerbsgelegenheit der arbeitenden Klassen und für ihre zunehmende Wohlfahrt zu sorgen."

Im Jahre 1890 eröffnete der Kaiser seinen bekannten Erlaß an den Reichskanzler mit folgendem Satze: „Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Nothwendigkeit gezogen sind, die deutsche Industrie auf dem Waarenmarkte konkurrenzfähig zu halten 2c." In diesem Satze wurde mit ausdrücklichen Worten anerkannt, daß zwar das Unternehmerinteresse, die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit, gewahrt bleiben solle, daß es aber neben diesem ein selbstständiges und von der Gesetzgebung zu berücksichtigendes Arbeiterinteresse gäbe. Es ist bekannt, wie in der darauf folgenden Arbeiterschutzgesetzgebung die Regierung Schritt für Schritt zurück wich, und heute sind wir so weit gekommen, daß in dürren Worten wieder das Eintreten für das Unternehmerinteresse als die „wirksamste" Art der Fürsorge für den Arbeiter bezeichnet wird.

* **Reichstagswahl.** Die Reichstagswahl fällt in eine Jahreszeit, in der viele verheirathete Arbeiter, namentlich der **Baugewerbe,** an anderen Orten arbeiten, als in denen, wo sie ihren wesentlichen Wohnsitz haben, d. h. wo sich ihre Familie befindet. Wollen solche Arbeiter von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, so müssen sie zu diesem Zwecke in ihre Heimath reisen, was natürlich mit Kosten und der Arbeitseinbuße eines Tages verknüpft ist. Die „Leipz. Volksztg." macht nun darauf aufmerksam, daß der Wähler dies Opfer vermeiden kann, wenn er sich von der Behörde seiner Heimath (seines wesentlichen Wohnsitzes) eine Bescheinigung darüber ausstellen läßt, daß er sich dort aus der Wählerliste hat streichen lassen, und, ausgerüstet mit dieser Bescheinigung und dem polizeilichen Anmeldeschein, am Arbeitsorte seine Eintragung in die Wählerliste beantragt.

Dieser Antrag muß spätestens innerhalb acht Tage nach Beginn der Auslegung der Wählerlisten bei der Wahlgeschäftsstelle gestellt werden. Die Auslegung der Wählerlisten erfolgt wahrscheinlich vom 18. Mai ab.

* **Das Wahlrecht in Gefahr.** Der Zentrumsabgeordnete Müller-Fulda erklärte in einer Wahlrede:

„Wenn es den Anhängern dieser Politik, dieser Neuauflage des Kartells, gelingen sollte, für sich die Mehrheit in dem neuen Reichstage zu erlangen, so sei es um das gleiche, allgemeine Wahlrecht geschehen. Das Gesetz über die Abänderung des Wahlrechtes zum Reichstage liege schon seit dem vorigen Sommer fertig ausgearbeitet da, und es unterliege gar keinem Zweifel, daß es dem Reichstage vorgelegt werde, sobald ein bewilligungslustiger Kartell-Reichstag vorhanden sei. Ebenso werde von einem solchen Reichstage unser Vereins- und Versammlungsrecht abgeändert und eingeschränkt werden. Vorgeschoben würden als Ziel der Sammlungspolitik allerdings rein wirthschaftliche Interessen, der Schutz der nationalen Arbeit 2c.; das aber seien nur Phrasen, um den Wählern Sand in die Augen zu streuen."

* **Der Arbeitsmarkt im April** stand unter der Einwirkung bedrohlicher Veränderungen auf wirthschaftlichem und politischem Gebiete. Während schon die Kriegsbefürchtungen auf dem Arbeitsmarkte Arbeitslosigkeit, Herabsetzungen der Arbeitszeit, Lohndruck in sichere Aussicht stellten, äußerte sich beim Ausbruch des Krieges eine zweite Wirkung, die Erschwerung der Getreidezufuhr, in einer Vertheuerung des Lebensunterhaltes. Die bedrohlichen Veränderungen in der Lage des Arbeitsmarktes drücken sich auch bereits in den Ziffern der Arbeitsnachweise aus, die wir den Berichten der Arbeitsnachweis-Verwaltungen an die Berliner Monatsschrift „Arbeitsmarkt" entnehmen. Es bewarben sich darnach um 100 ausgebotene Stellen im April d. J. 118,6, gegen 106,8 im entsprechenden Monat des Vorjahres. Daß der kriegerische Druck, der sich auf das Wirthschaftsleben der Völker gelegt hat, in einem so frappanten Andrange der Arbeitsuchenden auf dem Arbeitsmarkte zum Ausdruck gelangte, ist ein Beweis dafür, daß die bisherige Statistik von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte immerhin als Thermometer zur Messung größerer Temperaturschwankungen nicht unbrauchbar ist. Von 50 Arbeitsnachweisen liegen vergleichbare Daten vor. Von ihnen weisen im Vergleich zum April des vorigen Jahres 28 (+ 2 ausländische) eine Abnahme des Andranges und 18 (+ 2 ausländische), darunter jedoch die maßgebendsten Nachweise, eine Zunahme auf.

Abnahme: Aixdorf, Kiel, Quedlinburg, Gera, Osnabrück, Dortmund, Elberfeld, Düsseldorf, M.-Gladbach, Frankfurt a. M., Darmstadt, Heidelberg, Lahr, Freiburg i. B., Schopfheim, Karlsruhe, Offenburg i. B., Konstanz, Pforzheim, Cannstatt, Ludwigsburg, Eßlingen, Reutlingen, Schw.-Hall, Heilbronn, Ulm, Fürth i. B., Augsburg. — (Wien, Winterthur.)

Zunahme: Posen, Breslau, Frankfurt a. O., Berlin, Halle a. S., Erfurt, Münster, Essen, Köln, Aachen, Kreuznach, Wiesbaden, Gießen, Straßburg i. E., Stuttgart, Göppingen, Nürnberg, München. — (Brünn, Bern.)

Die Maifeier

ist überall glänzend verlaufen, selbst dort, wo die Polizei durch Verbot der Umzüge und Festlichkeiten sich unnöthiger Weise bemerkbar machte. Wirklich prachtvolles Maiwetter und der Umstand, daß das Fest diesmal auf einen Sonntag fiel, haben natürlich zu dem Gelingen der Massendemonstration beigetragen.

In Hamburg marschirten die drei sozialdemokratischen Vereine, eine Frauenabtheilung und 71 Gewerkschaften in geschlossenem, unabsehbarem Zuge nach dem außerhalb der Stadt belegenen Festplatze. Der Vorbeimarsch dauerte an 2½ Stunden und die Zahl der auf dem Festplatze Versammelten wurde auf 70 000 geschätzt. — In Altona war, wie in allen übrigen Städten Schleswig-Holsteins, der geplante Aufzug polizeilich verboten worden. In Versammlungen am Vormittag und bei Konzert und fröhlicher Unterhaltung Nachmittags hatten mehrere Tausend Festtheilnehmer auch hier ihren 1. Mai — trotz Polizei. — In Kiel wurde die Zahl der Versammlungsbesucher auf 3000 geschätzt und in Neumünster hatten sich an 1000 Mann eingefunden. — In Flensburg bereinigte ein arrangirter Ausflug gegen 4000 Personen.

Berlin stand seit dem frühen Morgen unter dem erkennbaren Zeichen der Maifeier. Die Vormittagsversammlungen waren alle überfüllt. Die Nachmittagsfeier fand in 21 Lokalen statt, woran wohl an 70—80 000 Personen theilgenommen haben. Auch in allen Vororten Berlins und der ganzen Provinz Brandenburg nahm die Feier einen überaus erhebenden Verlauf. Die Festtheilnehmer in Rixdorf und Brandenburg werden auf je 10 000 Personen geschätzt; in Weißensee, Spandau, Kottbus, Forst waren mehrere Tausend Personen vereinigt.

Die Zahl der Festtheilnehmer in Stettin betrug 4000. In Torgelow, Pasewalk, Jatznick, Ueckermünde, Gollnow und Kolberg, und wohl auch noch in anderen Orten Pommerns, wurde der 1. Mai festlich begangen. — In Danzig und Königsberg i. Pr. war die Betheiligung über Erwarten groß; in Königsberg wurden die Theilnehmer auf 15 000 geschätzt.

In der Provinz Schlesien wurde der Tag entsprechend gefeiert in Breslau, Liegnitz, Penzig, Goldberg, Sagan, Haynau, Bunzlau, Görlitz, Tiefenfurth, Grünberg, Ohlau, Reichenbach, Langenbielau, Neustadt, Ratibor, Beuthen, Gleiwitz, Neisse. In Breslau und Görlitz waren die Versammlungen überfüllt.

Einen großartigen Verlauf hat die Feier im Königreich Sachsen genommen. Fast kein nennenswerthen Ort, wo nicht Versammlung oder Ausflug, oder Beides zusammen arrangirt war. Zu eigentlichen Aufzügen ließ es die Polizei natürlich nicht kommen. In Dresden und Vororten waren die Versammlungen und Festlichkeiten überfüllt. Die Zahl der Theilnehmer wurde in Leipzig auf 30 000 und in Chemnitz auf über 15 000 geschätzt.

In der Provinz Sachsen war die Betheiligung besonders stark in Halle und Magdeburg, 25 000 und 18 000 Personen. In Erfurt betrug die Zahl der Festtheilnehmer ungefähr 8500, und auch in allen übrigen namhaften Städten waren die Versammlungen und Festlichkeiten gut besucht. Auch in den thüringischen Staaten blieben die Arbeiter nicht zurück. In Gera betheiligten sich ungefähr 10 000 Personen. Die zu den Versammlungen und Festlichkeiten bestimmten Lokale und Plätze waren überfüllt. In Braunschweig waren es an 12 000 Personen, die sich an der Feier betheiligt haben. — In Mecklenburg fanden besonders stark besuchte Versammlungen statt in Schwerin, Rostock und Doberan. In Rostock zogen 19 Gewerkschaften in imposantem Zuge mit Musik und Fahnen durch die Stadt. An dem Festzuge in Lübeck waren 36 Gewerkschaften und Vereine betheiligt; die Zahl der Personen wurde auf 18 000 geschätzt.

In der Provinz Hannover waren besonders starke Betheiligungen zu verzeichnen in Hannover-Linden, Harburg und Wilhelmshaven-Bant. In Hannover waren es wohl an 35 000 Personen, die in zwei Lokalen die Feier begingen. — Die Zahl der Festgenossen in Bremen betrug ungefähr 8000. Festzug und Massenversammlung unter freiem Himmel waren verboten.

Starke Betheiligungen waren auch zu verzeichnen in den Großstädten Rheinlands und Westfalens. In Dortmund 3000, Versammlung verboten. In Bochum mehrere Tausende. In Bielefeld 10 000. In Düsseldorf 7000. In Köln-Nippes 2000. In der Provinz Hessen war die Betheiligung besonders stark in Frankfurt — mehrere Zehntausende — und in Höchst 10 000. — In Hessen-Darmstadt fanden viele stark besuchte Versammlungen statt. Das Offenbacher Waldfest war von 15 000 Personen besucht.

Einen imposanten Verlauf nahm die Feier in Baden besonders in Mannheim, Karlsruhe, Offenburg und Freiburg. Auch in verschiedenen Orten Elsaß-Lothringens wurde der Tag unter starker Betheiligung festlich begangen. In Straßburg waren an 6000 Personen versammelt. — In Württemberg wurde die Feier in allen namhaften Städten in würdiger Weise begangen. Der Aufzug der Stuttgarter und Cannstatter Arbeiter war imposant; an dem Zuge, in dem alle Gewerkschaften mit Fahnen und Emblemen vertreten waren, beteiligten an 12 000 Mann, auf dem Festplatze waren 25 000 Personen. — In Bayern war die Betheiligung besonders stark in Nürnberg und München. In Nürnberg war der Festzug verboten, 15 000 Personen waren auf dem Festplatze. In München wurde die Zahl der Festtheilnehmer auf 60 000 geschätzt. Auch in Augsburg, Regensburg, Schweinfurt, Bamberg, Würzburg, Speyer und Neustadt (Haardt) fanden stark besuchte Versammlungen und Massenspaziergänge statt.

In ganz Oesterreich verlief die Maifeier imposant. In Wien fanden am Vormittage des 1. Mai 58 Versammlungen statt. Am Nachmittage bewegte sich ein Riesenzug in den Prater. Es herrschte musterhafte Ordnung, da die Polizei das Terrain ganz den Parteiordnern überließ. In Böhmen gestaltete sich die Maifeier zu einer gewaltigen und eindrucksvollen Kundgebung für den Völkerfrieden gegen die Nationalitätenhetze. In Prag waren an 35 000 Personen an dem Zuge betheiligt. In Ungarn kam es an einigen Orten zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Gendarmen.

In der Schweiz fanden Massenversammlungen und Aufzüge statt: In Zürich 8000 Personen, Winterthur 3000, Bern 4000, Basel 4000, Genf 1500.

In Frankreich ist die Maifeier durch den Wahlkampf in den Hintergrund getreten. Dennoch haben zahlreiche Versammlungen und Feste in Paris und in der Provinz, und zwar in vollster Ruhe, stattgefunden.

In England fanden in London großartige Kundgebungen statt. Ein Massenmeeting wurde veranstaltet, an welchem mehrere Tausend Personen theilnahmen. Die Kundgeber begaben sich nach dem Hydepark, woselbst Ansprachen in allen Sprachen gehalten wurden.

Baugewerbliches.

* **Fährlichkeit der Bauarbeit.** Dresden. Bei dem Aufbau einer großen Esse in Leubnitz verunglückten zwei Maurer. Dem einen fiel ein Ziegelstein auf den Kopf, so daß er einen Schädelbruch erlitt; der andere trug infolge eines gleichen Mißgeschicks einen Armbruch, sowie eine Zerreißung des Fleisches des Handtellers davon.

Hameln. Beim Richten eines Neubaues stürzten ein Zimmerer und ein Arbeiter vom Gerüst. Während der Arbeiter am anderen Tage seinen Verletzungen erlegen ist, hatte der Zimmerer nur leichte Verletzungen davongetragen. Ursache des Unglücks war die mangelhafte Abschwertung des Gerüstes, denn beim Aufziehen des Bauholzes zogen sich die Netzriegel aus der Mauer.

Leipzig. Beim Abbruch der Gartenbauhalle auf dem Ausstellungsplatze stürzte ein Zimmermann kopfüber vom Dache und erlitt eine so schwere Kopfverletzung, daß er besinnungslos liegen blieb. Er wurde nach dem Krankenhause gebracht, wo sofort zu einer Operation geschritten werden mußte. — Beim Abrüsten des Abputzgerüstes an einem Neubau in der Idastraße zu Volkmarsdorf stürzte der 47 Jahre alte Maurer Hermann Z. so unglücklich vom Gerüst, daß er eine schwere Verstauchung des linken Fußes erlitt und sofort der Aufnahme im Krankenhause bedurfte.

Mülheim (Ruhr), 5. Mai. Am Kasernenbau stürzte ein Maurer aus einer Höhe von 10 m, zweimal auf eiserne Träger aufschlagend, herab und erlitt schwere innere Verletzungen und am Kopfe und Rücken. Die Balkenlagen waren nicht abgedeckt. Ueberhaupt ist an allen Bauten der Kasernenanlage das Gerüst überaus mangelhaft. Und an den Privatbauten in der Stadt sieht es natürlich nicht besser aus. — Die Maurer von Mülhausen haben daher alle Veranlassung, energisch für Abstellung der Mißstände zu wirken. Meldungen über Mißstände nimmt jederzeit entgegen W. Laib, Heißenerstr. 47.

München. Auf einem Neubau an der Katzmairstraße stürzte ein Maurer von einer Leiter herunter und erlitt eine schwere Verletzung des rechten Fußes.

Nürnberg. Ein Schieferdecker fiel von einem Neubau vier Stockwerk hoch in den Hof hinab, zog sich jedoch nur leichte Verletzungen zu.

Oberhausen (Württemberg). Beim Ausmauern eines Brunnens stürzte dem 75jährigen Maurer Göhner ein Steinblock auf den Kopf. G. trug derartige Verletzungen davon, daß der Tod augenblicklich eintrat.

Bauberichte.

(Aus der „Baugewerks-Zeitung".)

Stendal. Die Bauthätigkeit war größer als im Vorjahre und betraf ein Kreishaus, ein Gymnasium, eine Aktienbrauerei, sonst Privatbauten, letztere meist auf Bestellung. Die öffentlichen Arbeiten werden durch öffentliche Ausschreibungen meistentheils an Innungsmitglieder vergeben. Starke Unterbietungen sind nicht vorgekommen. Beim Kreishause betrugen die drei Angebote M. 87 886,09, 92 743,35 und 88 622,04. Die Miethspreise sind unverändert, die Bauaussichten dem Anscheine nach gut.

Stralsund. Es wurde mehr als in den Vorjahren gebaut, und zwar Privatbauten von besseren Unternehmern und Meistern. Starke Unterbietungen finden statt, ausgeschlossen wird Niemand. Die Miethspreise sind fest, die Bauaussichten mäßig.

Stuttgart. Die Bauthätigkeit war größer als im Vorjahre und erstreckte sich vorwiegend auf Wohn- und Geschäftshäuser, und zwar meist auf Bestellung. Die öffentlichen Arbeiten werden durch öffentliche und beschränkte Ausschreibungen in der Regel an die Billigsten vergeben. Größere Unterbietungen lassen sich nicht nachweisen. Die Miethspreise sind fest, die Bauaussichten gut.

Tilsit. Im Vorjahre wurde hierselbst verhältnißmäßig viel gebaut und lag der größte Theil der bestellten Bauten in den Händen der Baugewerksmeister, während ein geringerer Theil Spekulationsbauten durch hiesige Bauunternehmer ausgeführt wurde. Unter den bestellten Bauten sind größere Bauausführungen der verschiedenen Aktienbrauereien, sowie das Geschäftshaus nebst Druckerei der „Tilsiter Allgem. Ztg." besonders hervorzuheben. Auch für dieses Jahr ist eine rege Baulust zu verzeichnen. An größeren Bauten sind vorhanden: das Kgl. Gymnasium, die städtische Knaben-Mittelschule, die reformirt Kirche, eine Kirche für die Baptistengemeinde, sowie Vergrößerungsanlagen auf zwei Grundstücken der Aktien-Brauereien

Schreinerstreik vorläufig aufgeschoben werden. Zur Unterstützung der streikenden Kollegen Nürnbergs und der Schreiner hier wurde eine bedeutende Summe, welche auf Sammellisten eingebracht worden ist, an den Kassirer überwiesen. 16 Kollegen traten dem Verbande bei.

Krankenkasse.

Berlin. Eine ordentliche Mitgliederversammlung der Zentralkrankenkasse der Maurer usw. „Grundstein zur Einigkeit", Verwaltungsstelle Berlin, tagte am Sonntag, den 24. April, im Restaurant Inselstraße 10. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilte der Bevollmächtigte Garbe mit, daß im ersten Quartal sieben Mitglieder der Verwaltungsstelle und ein Mitglied der Frauensterbekasse verstorben seien; die Versammlung ehrte deren Andenken durch Erheben von den Plätzen. Sodann trat die Versammlung in die Berathung der Anträge aus NO, Oranienburger Vorstadt und Schöneberg, dort je eine neue Zahlstelle zu gründen. Angenommen wurde nur der Antrag der Kollegen von Schöneberg. Als Zahllokal wurde das Restaurant Schilling, Kyffhäuserstraße 16, bestimmt und als Hülfskassirer Kollege Massow gewählt; derselbe kassirt dort vom 7. Mai d. J. ab, jeden Sonnabend von 8—10 Uhr Abends. Hierauf gab der Kassirer Paganz den Kassenbericht vom ersten Quartal 1898. Derselbe weist folgende Posten auf: Einnahme ℳ 36 792,72, inkl. ℳ 6000 Zuschuß von der Hauptkasse. Ausgabe ℳ 36 277,97. Bestand am Schlusse des ersten Quartals ℳ 514,75. Die Mitgliederzahl beträgt 3965. Aufnahmen erfolgten 101. Die Einnahme der Sterbekasse beträgt ℳ 117. Beschlossen wurde, daß am Tage der Reichstagswahl das Kassenlokal geschlossen bleibt. Zum Schluß forderte der Bevollmächtigte Garbe die Mitglieder auf, mehr das Institut der „Rettungsgesellschaft", aber nicht die „Unfallstationen" zu benutzen.

Literarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 31. Heft des 16. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Maifest und Wahlkampf. — Lohn, Preis und Profit. Vortrag, gehalten im Generalrath der „Internationale" am 26. Juni 1865 von Karl Marx. Uebersetzt von E. R. Bernstein. (Schluß.) — Die historische Berechtigung der russischen Sozialdemokratie. Von P. Axelrod. (Schluß.) — Die Fragestellung des Reichsamts des Innern hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter und die Antwort der badischen Fabrikinspektion. Von Dr. Schmidt. — Notizen: Die Ergebnisse der deutschen Hypothekenbanken im Jahre 1896. — Feuilleton: Vor der Guillotine. Aus den Memoiren Iwan Turgenjeff's. Deutsch von Wilhelm Thal. (Schluß.)

Der Arbeitsvertrag des Gewerbe- und Fabrikarbeiters. Dritte vermehrte und verbesserte Auflage von Rich. Lipinski. 52 Seiten Großoktav. Preis 30 ₰, Porto 5 ₰. Rich. Lipinski's Verlag, Leipzig, An der alten Elster 2.

Das fleißig und sachgemäß gearbeitete Werk behandelt den das Rechtsverhältniß der Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter regelnden VII. Abschnitt der Gewerbeordnung, einschließlich der hierzu erlassenen Verordnungen des Bundesrathes, und sonst einschlagender Gesetze und giebt so einen klaren Ueberblick über den gesammten Arbeiterschutz. Durch Benutzung der Entscheidungen der Gewerbegerichte und höchster Gerichtshöfe Deutschlands sind die rechtlichen Bestimmungen dieses Theils der Gewerbeordnung erläutert, und bietet das Werk so den Interessenten ein äußerst billiges und praktisches Nachschlagewerk für Streitigkeiten im Arbeitsverhältniß. Es enthält in 17 Abschnitten: Der Arbeitsvertrag, Jugendliche Arbeiter, Frauenarbeit, Maximalarbeitstag, Sonntagsarbeit, Arbeitsräume, Fabrikordnung, Fabrik- und Geschäftsgeheimnisse, das Lohnverhältniß, Kündigungsfristen, Kontraktbruch, Kündigungslose Entlassung, Kündigungslose Aufgabe der Arbeit, Zeugniß, Klageverfahren, Musterarbeitszettel und ein Verzeichniß der Verordnungen des Bundesrathes. Das Werk ist zur Anschaffung nur zu empfehlen.

Briefkasten.

* Berichte, die am Montag eintrafen, konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Weißensee, M. Für Nr. 18 kam Bericht zu spät, enthält übrigens nichts, was der Mittheilung werth ist.

Kissingen, H. Wie Sie die Verhältnisse schildern, können wir doch unmöglich vor Zuzug warnen.

Gelsenkirchen, ? Anonyme Einsendungen finden keine Berücksichtigung. Referate über die bekannten Agitationsreden können wir auch aus Rücksicht auf den Raum des Blattes nicht zum Abdruck bringen.

Breslau, Sch. Warum datiren Sie denn Ihre Einsendungen 8 Tage zurück? Am 19./4. ist der Unfall passirt, am 23./4. schreiben Sie und am 2. Mai kommt dies Schreiben endlich in Hamburg an.

Schmargendorf, Sch. Wird gelegentlich besorgt. St. nicht anwesend. Die bedeutet den Preis.

Grünberg, örtliche Verwaltung. Karte kam für Nr. 18 zu spät.

Zehlendorf. Zu spät, für Nr. 19 zwecklos.

Berlin, Hugo Döllner. Wir erklären hiermit Ihrem Wunsche gemäß, daß in dem Bericht über die Delegirtenwahlen der Filiale Berlin zur Generalversammlung der Zentralkrankenkasse „Grundstein zur Einigkeit" der Name Hugo Döllner sich auf Ihre Person bezieht. Zu Gunsten des Schriftführers wollen wir das k. dem Druckfehlerteufel auf's Konto setzen.

Bekanntmachung des Generalbevollmächtigten.

Agitationsbezirk Dortmund. In die Agitationskommission sind folgende Kollegen gewählt: Heinrich Büschles, Assenstr. 13; Wilhelm Ruppin, Söldererstr. 25, 4. Et.; Wilhelm Freise und L. Schicke. Briefe sind zu richten an Büschles, Gelder an Ruppin.

Agitationsbezirk Ludwigshafen (Rhein). Der bisherige Vorsitzende der Agitationskommission, Joh. Schmitt, ist ausgetreten. Alle Sendungen sind deshalb an St. Hartmann, Schmalegasse 19, 3. Et., zu adressiren.

Th. Bömelburg, Generalbevollmächtigter.

Zentral-Verband
der Maurer Deutschlands und verw. Berufsgenossen.
Sitz Hamburg.

Bekanntmachung.

Vom Vorstande bestätigt

sind die neu gewählten Verwaltungsbeamten der Zahlstellen Gatersheim, Göttingen, Greifenberg i. P., Liepe (Oder), Fechenheim a. M., Gräfenau, Gr.-Ammensleben, Gr.-Ziegenort, Gräfenthal, Wilhelmshaven, Sangerhausen, Rothenkirchen, Reichskirchen, Landsberg, Liegnitz, Pfungstadt, Osterode, Wriezen, Barmen.

Ausgeschlossen

auf Grund § 16a resp. b des Statuts sind von der Zahlstelle **Elgershausen:** Heinrich Weber (Buch-Nr. 26 394), Heinrich Ritze (Buch-Nr. 26 393), Peter Bürger (Buch-Nr. 26 442); von der Zahlstelle **Demnhausen:** Nikolaus Günther (Buch-Nr. 37 048), H. Gibhardt (Buch-Nr. 37 050), H. Hochhut (Buch-Nr. 45 664); von der Zahlstelle **Gr.-Ziegenort:** Paul Erfurt (Buch-Nr. 36 763), Otto Glander (Buch-Nr. 76 199), Paul Bockman (Buch-Nr. 76 234); von der Zahlstelle **Königsberg** (Neumark): Paul Schneider (Buch-Nr. 3501); von der Zahlstelle **Hannover:** Rudolf Grothe (Buch-Nr. 4868); von der Zahlstelle **Gr.-Ottersleben:** August Schütze (Buch-Nr. 45 343), Andreas Wille (Buch-Nr. 45 346), Hermann Schrader (Buch-Nr. 48 912), Wilhelm Röpke (Buch-Nr. 48 934), Gustav Wille (Buch-Nr. 48 907); von der Zahlstelle **Potsdam:** Hermann Laaß (Buch-Nr. 95 232), Karl Günther (Buch-Nr. 71 782), Paul Bullert (Buch-Nr. 94 341), Wilhelm Laaß (Buch-Nr. 34 666), Friedrich König (Buch-Nr. 71 762), Franz Polz (Buch-Nr. 95 247); von der Zahlstelle **Podejuch:** Wilhelm Heller (Buch-Nr. 72 128), Friedrich Wollert (Buch-Nr. 72 147); von der Zahlstelle **Pasewalk:** H. Klackow (Buch-Nr. 92 750), F. Waßmund (Buch-Nr. 92 742), Ch. Eggebrecht (Buch-Nr. 81 566).

Verloren gegangen

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen W. Glöbe (Buch-Nr. 4426) und W. Warncke (Buch-Nr. 14 392); dieselben werden hiermit für ungiltig erklärt.

Der Vorstand.
J. A.: J. Effinge, 2. Vorsitzender.

In der Zeit vom 26. April bis 3. Mai sind folgende Beiträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Zwickau ℳ 100, Meißen 54,90, Eilenburg 48,87, Kissingen 34,25, Pforzheim 27,25, Werden 26,88, Erzhausen 26,55, Keuschberg 24,30, Entheim 21,53, Halberstadt 23,80, Glesien 15,63, Einbeck 13,31, Freiberg 10, Kranzberg 6,75, Schneppenhausen 4,88, Köslin 45,42, Speyer 35,52, Tilsit 50, Meiningen 44,83, Ahrensböck 23,55, Pommerensdorf 29,90, Gr.-Kreutz i. b. Mark 29,55, Wriezen 28,60, Münster b. Dieburg 23,85, Mülhausen i. Elsaß 17,70, Wehen i. Taunus 22, Zerbst 21,22, Burgdamm 11,12, Auringen 9,40, Kolberg 59,92, Alt-Rahlstedt 36,62, Schwachhausen 29,70, Pößneck 21,11, Netschkau 20,75, Biebrich a. Rh. 19,28, Ober-Erlenbach 8,85, Gr.-Gerau 7,50, Goslar 65, Griesheim 98, Woltmershausen 83,60, Kastel b. Mainz 29,31, Göppingen 6,64, Neuhaldensleben 91,95, Dotzheim 80, Elgershausen 46, Feudenheim 47,45, Burgstädt i. Sachsen 30, Warnemünde 15,60, Kappeln 9,56, Stellingen 60, Guben 150, Wilhelmshaven 127,80, Rostock 107,40, Eisenberg 96,40, Hof 96,78, Teltow 43,48, Görlitz 50, Düsseldorf 50, Erfurt 200, Lübeck 200, Brandenburg 160, Diesdorf 70, Altona 60, Nordhausen 50, Leipzig 400, Elmshorn 60,90, Spandau 40, Bautzen 16,73, Schmalkalden 10, Groitzsch 43,18, Biernheim 14,40, Gr.-Karben 9,60, Frankenthal 4,65. Summa ℳ 3714,67.

Streikfonds.

Erfurt-Gebesee-Herbsleben ℳ 200, Zwickau 100, Bergedorf 50, Meißen 32,10, Eilenburg 3,45, Pforzheim 24,12, Erzhausen 12,30, Entheim 15, Glesien 5,63, Einbeck 2,20, Kranzberg 1,65, Nowawes 50, Görlitz 150, Düsseldorf 25, Köslin 43,10, Speyer 16,43, Meiningen 2,77, Ahrensböck 9,15, Mülhausen i. Els. 6, Kolberg 13,65, Schwachhausen 1,80, Ober-Erlenbach 1,65, Goslar 45, St. Johann 30, Wiesbaden und Umgegend 250, Neuhaldensleben 63,30, Elgershausen 11,10, Burgstädt i. S. 10, Kappeln (Schlei) 5,85, Brandenburg 140, Diesdorf 60, Nordhausen 30, Stellingen 34,91, Bergedorf 25, Rostock 27,36, Eisenberg 27,75, Hof 11,85, Teltow 37,50, Groitzsch 5,10, Elmshorn 23,20, Bautzen 4,80. Summa ℳ 1608,22.

Ersuche die Zahlstellen-Kassirer resp. Einsender von Geldern, auf den Postabschnitten genau anzugeben, wofür das eingesandte Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge sowohl als Streikfondsbeiträge, sind nur an J. Köster zu adressiren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

Hamburg, den 3. Mai 1898.

J. Köster,
Hamburg-St. Georg, Neue Bremerstr. 16, 1. Et.

Zentral-Krankenkasse
der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit" (e. H. Nr. 7).

In der Woche vom 24. bis 30. April sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg ℳ 600, Oranienburg 400, Nienstedten 200, Tilsit 150, Minden i. Westf. 100, Camstatt 100, Gistrow i. M. 70, Lippoldsweiler 60, Gahren 50, Wandsbeck 50, Wetzlar 30. Summa ℳ 1810.

Zuschüsse erhielten: Siebelsbrunn ℳ 820, Mannheim 200, Butter a. Bbg. 125, Hainstadt 100, Mümling-Grumbach 100, Köln a. Rh. 100. Summa ℳ 945.

Altona, den 30. April 1898.

Karl Reiß, Hauptkassirer, Friedrichsbaderstr. 28.

Anzeigen.

[ℳ 3,60] **Nachruf.**

Am Sonntag, den 24. April, verschied nach kurzem Krankenlager unser treuer Kollege und Beförderer unser guten Sache

Jakob Christian Schulmeier

im Alter von 41 Jahren an der Lungenentzündung.

Wir werden demselben stets ein gutes Andenken bewahren.

Die Zahlstelle Mörfelden.

Achtung, Maurer! **Dortmund.** Achtung, Maurer!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Versammlungslokal sich nicht mehr bei Schuster, Mühlenstr. 1, sondern in der

„Krim", Heilige Gartenstraße 50,

befindet. Die erste Versammlung findet am **14. Mai** statt, die ferneren dann regelmäßig alle 14 Tage.

[ℳ 3] **Die örtliche Verwaltung.**

Zahlstelle Wilhelmshaven.

Diejenigen Kollegen, die noch ihre Beiträge schulden, sowie diejenigen, welche ihre Bücher noch bei mir haben und sich Marken haben einkleben lassen, werden dringend ersucht, bis **Sonnabend, den 7. Mai,** zu bezahlen, andernfalls ich sie in der Versammlung veröffentlichen werde.

[ℳ 2,40] **A. Ziegenbein,** Kassirer.

Erklärung. [90 ₰]

Die Aeußerungen, die ich gegen **Chr. Kuhnholdt** gethan haben soll, nehme ich hiermit zurück. **F. Sietz.**

Unserem Kollegen **Ernst Horn** zu seiner Abreise von hier ein **herzliches Lebewohl!**

[90 ₰] **Die Kollegen der Zahlstelle Göttingen.**

Isländer, prima ℳ 6, echte Hamb. Leberthosen I ℳ 6,50, II ℳ 4,80, III ℳ 2,50 portofrei. Koll. **Hohlfeldt, Dresden N,** Mitterstr. 4.

Double-Leder-Hosen-Fabrikant
W. Ad. Langer, Leubsdorf i. S.,

empfiehlt sich zur Lieferung seiner bewährten Spezialität, dutzendweise und einzeln **zu Engrospreisen,** in bekannter Farbe und zu bekannten Bedingungen. Für die Güte meines Fabrikats sprechen die eingehenden Anerkennungen.

Arbeitsmarkt

Die Verbandskollegen in **Oelde (Westfalen)** ersuchen um Zuzug. Lohn ℳ 4 bei elfstündiger Arbeitszeit.

Akkord-Putzer für Innen- und Außenputz werden zu zwei Neubauten gesucht. Fassade pro qm ℳ 2, Innenputz pro qm 20 ₰. Koch & Kalmus, Bauunternehmer, **Kerzdorf b. Lauban i. Schl.**

(Aus „Der deutsche Arbeitsmarkt".)

Tüchtige Maurer finden sofort dauernde Beschäftigung. H. Konschall, **Sommerort b. Altfelde** (Bez. Danzig).

Ein Parlier mit einem Schacht Maurer für größere und dauernde Arbeiten (in Akkord) gesucht. J. Damers, Baugeschäft, **Eschweiler b. Aachen.**

Maurer gesucht. Carl Boecker, Baugeschäft, **Hohenlimburg i. Westf.**

Mehrere Maurer werden gesucht. Wilhelm Bäcker, **Langendreer i. Westf.**

Versammlungs-Anzeiger

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Erscheinungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Preis von 10 ₰ pro Zeile bekannt gemacht. Für jede Versammlung werden jedoch nur zwei Zeilen zur Verfügung gestellt. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung eingesandt werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, 7. Mai:

Hadersleben. In der Maurerherberge. Alle Kollegen müssen bestimmt erscheinen.

Sonntag, 8. Mai:

Bredow. Nachmittags 3 Uhr im Zillschwer Schützenhaus. Zahlreiches Erscheinen nothwendig.

Cuxhaven. Nachmittags 3 Uhr im Verkehrslokale von Zier. Erscheinen ist dringend nothwendig.

Herne. Vormittags 11 Uhr. Sämmtliche Kollegen müssen pünktlich erscheinen.

Nienstedten. Nachm. 4 Uhr bei C. Schnepel. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Wriezen. Im Vereinslokale bei Herrn C. Lehmann, früher F. Schmidt. Vollzähliges Erscheinen nothwendig.

Dienstag, 10. Mai:

Gera. Abends 8 Uhr im „Goldenen Adler". Die Kollegen werden gebeten zahlreich zu erscheinen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, 8. Mai:

Nowawes. Nachmittags 3 Uhr bei Wwe. Simon. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom ersten Quartal. 2. Verschiedenes.

Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.